PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

KOMMUNISTISCHER BUND SALZBURG/HALLEIN KB

NR.8 OKTOBER 1975 S 3.--

Vor KV-Verhandlungen Wirtschaftskammer und ÖGB-Spitze einig:

Lohnsenkungen zur Erhaltung der Profite

ARTIKEL ZU KV-VERHANDLUNGEN S.11
SPANIEN AB SEITE 16

Zwar wird der Zentralvorstand der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft erst am 29. Oktober ein Verhandlungskomitee für die bevorstehende Lohnrunde festlegen, aber nach den bisherigen Meldungen ist die Sache für die Spitzengremien von Kapitalisten und ÖGB schon im vorhinein gelaufen.

"Die anlaufende Lohnrunde darf höchstens die Steigerung der Lebenshaltungskosten abgelten, wenn sie nicht weitere Arbeitsplätze und Unternehmer gefährden soll". So unverschämt winkt die Bundeswirtschaftskammer schon heute mit dem Zaunpfahl. Und sie findet verständnisvoll offene Ohren in den obersten Etagen der Gewerkschaftsführer. Sekanina von der Metallergewerkschaft hat bereits erklärt, so hohe Abschlüsse wie voriges Jahr (12,5% Brutto mehr) kämen nicht mehr in Frage. Der geltende Kollektivvertrag läuft bis Ende Dezember, also 14 Monate. Umgelegt auf ein Jahr heißt das 10,7 % Brutto lohnerhöhung gegenüber Preissteigerungen von fast 10%. Offenbar geht den Kapitalisten die zunehmende Schwindsucht bei den Reallöhnen noch zu langsam. Die Gewerkschaftsführungen werden den Widerstand der Arbeiter gegen diese Unternehmerabsichten nicht organisieren, sondern früher oder später mit "Rücksicht auf die Wirtschaft und die Arbeitsplätze" einschwenken. Es kommt darauf an, daß die Belegschaften in eigenständigen Beschlüssen klar zum Ausdruck bringen, was sie als Ausgleich für die Inflation nötig halten. Solche Forderungen werden ein anderes Gesicht haben, als jetzt hochbezahlte Index-Tüftler den Arbeitern und Angestellten vorrechnen wollen.



"39 Jahre Francoregime - 39 Jahre Terror und Verbrechen: Schluß damit!" Das Francoregime ist im spanischen Volk zutiefst verhaßt

ZWAR WIRD DIE NEUE REGIERUNGSERKLÄRUNG ERST ANFANG NOVEMBER HERAUSKOMMEN, ABER DER KURS FÜR DIE NEUE SPARPOLITIK DES STAATES IST SCHON ABGESTECKT:

Zuschussrentner müssen als erste dran glauben

Am 14.Oktober erklärte Sozialminister Häuser nach einer Ministerratssitzung, daß die für Anfang 1976 vorgesehene Anhebung der Zuschußrenten nicht stattfinden wird. 40.000 bäuerliche Rentner werden weiterhin mit weniger als 55o Schilling Zuschuß im Monat durchkommen müssen. Auch die Zuschüsse an Hilflose werden nicht zum ursprünglichen Termin erhöht. Das ist also die Kehrseite der Kanzlerworte, ihm bereiten ein paar tausend Arbeitslose mehr Schlaflosigkeit als ein paar Milliarden mehr Budgetdefizit. Nicht nur, daß die gigantischen Stützungsmaßnahmen für die kapitalistische Industrie das Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht verhindern, soll auch das Budgetdefizit auf sehr spürbare Weise abgebaut werden.

Wenn der Kanzler seinen eigenen Worten noch Glauben schenkt, müßte er schon längst von chronischer Schlaflosigkeit geplagt sein.

Jedenfalls ist es dem Staat bitter ernst mit dem, was er unter 'Sparen' versteht. Und er sucht sich jene Teile des Volkes als erste aus, wo am wenigsten Widerstand zu erwarten ist.

Dabei wird es nicht bleiben. Die Masse der öffentlich Bediensteten ist schon ins Visiergenommen. Auch die bevorstehenden Steuer- und Gebührenerhöhungen kündigen nichts Gutes an.

Dem Volk wird das Wasser abgegraben von einem Staat, der diese Einschränkungen diktiert, um eine von krasser Verschleuderung und Vernichtung gesellschaftlicher Produktivkräfte gekennzeichnete Ordnung aufrechtzuerhalten, um der Kapitalistenklasse Macht und Profite zu sichern.

Je deutlicher dies wird, desto weniger wird es dabei bleiben.

-pi-

Je blinder das Francoregime wütet, desto breiter und tiefer wird der Widerstand

Fünf Revolutionäre hat das Franco-Regime durch Standgerichte aburteilen und hinrichten lassen. Die Blutspur, die dieses Regime seit fast vierzig Jahren hinter sich herzieht, ist länger geworden. Aber trotz Standgericht, Erschießungskommandos und Garotte: Es gelingt dem Franco-Regime nicht mehr, die Völker Spaniens in lähmenden Schrecken zu versetzen und sie niederzuhalten, um sie von feudalen Großgrundbesitzern, von prassenden Reichen und vom ausländischen Kapital ausbeuten zu lassen. Je härter das Franco-Regime zuschlägt, um so breiter und tiefer wird der Widerstand.

Die Volksmassen in Spanien setzen ihren Kampf zum Sturz des Franco-Regimes fort. Ihnen bleibt kein anderer Weg. Jede Hoffnung auf parlamentarische und diplomatische Manöver wird ihnen von den blutigen Statthaltern der besitzenden Klassen in Spanien immer wieder ausgetrieben. Diesem Kampf der spanischen Volksmassen gilt die Solidarität der Völker Europas, die ganz und gar verschieden ist von der Allianz der Scheinheiligkeit unter den bürgerlichen Politikern.

Jose Umberto Baena Alonso, Ramon Garcia Sanz und Jose Sanchez Bravo Sollas von der FRAP sowie Angel Otaegui und Juan Parede Manot von der baskischen revolutionären Organisation ETA sind erschossen. Weitere Urteile und Hinrichtungen sind angekündigt. Noch haben die Henker des Volkes in Spanien die Oberhand. Aber "Das Volk und die Solidarität unter allen Völkern werden es sein, die das letzte Wort haben werden". Das schrieb der junge Baske Juan Paredes Manot in seinem Abschiedsbrief in der Nacht vor der Hinrichtung: "Lang lebe die Solidarität unter den unterdrückten Völkern! Heimat oder Tod!" (wm)

SPÖ-Regierung bleibt im Amt :

Sicherheit für das Monopolkapital — teure Reformen für das Volk

Nach der endgültigen Stimmenauszählung der Wahlen vom 5. Oktober bleibt die größte der drei bürgerlichen Parlamentsriegen gleich wie vorher. Ausgetauscht wurden nun lediglich einige Abgeordnete, aber darauf hat der Wähler schon keinen Einfluß mehr.



Stimmenmäßig hat die SPÖ über 44000 dazugewonnen und ihren Abstand zu den anderen Parteien noch vergrößert.
Die ÖVP wollte mandatsstärkste Partei werden, hat aber nur noch 42,95 % der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten(gegenüber 43,11% im Jahre 1971).
Die FPÖ hat sich mit 249 317 Stimmen ungefähr gehalten, was allerdings von der bürgerlichen Presse selbst als Niederlage gewertet wird.
Die KPÖ hat trotz gestiegener Zahl der Wahlberechtigten gegeüber 1971 um 6791 Stimmen weniger erhalten. Sie ist auf 54 971 Stimmen gekommen und hat den seit 16 Jahren verbissen und vergeblich angestrebten Einzug ins Parlament wieder nicht geschafft.
Die trotzkistische GRM hat in Wien etwas über 1 000 stimmen erhalten, während ein ähnlicher Verein vor vier Jahren in Wien auf 1874 Stimmen kam.

Insgesamt ist die Wahlbeteiligung mit 92,84 % gegenüber 1971 leicht gestiegen, demnach sind fast 360 000 Wahlberechtigte gar nicht wählen gegangen. In der STadt Salzburg (Wahlbeteiligung knapp 83%) ist beinahe jeder fünfte Wahlberechtigte daheimgeblieben.

Ungültige Stimmzettel wurden in ganz Österreich 49 102 abgegeben (gegenüber 50 626 im Jahre 1971).

ZUR INFORMATION

Die Hainfelder Prinzipien-Erklärung der österreichischen Sozialdemokratie, als sie noch von den Grundsätzen des Marxismus ausging erhielt 1892 folgende Ergänzung:
"Da die indirekten, auf die notwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung um so stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommenssteuer".
Im 'modernen Österreich' bildet die Mehrwertsteuer als größte indirekte Steuer die Haupteinnahmsquelle des bürgerlichen Staats.

WER HAT DIE WAHL ENTSCHIEDEN ?

Als die ersten Wahlresultate aus Industreigebieten eintrafen, soll Kreisky die Bemerkung gemacht haben, daß es sich heuer um Arbeiterwahlen handle.
Ohne Zweifel war das Verhalten der Arbeiter und der in den letzten Jahren ständig gestiegenen Zahl von Lohnabhängigen aller Art ausschlaggebend für den Ausgang der Nationalratswahlen.
So hat die SPÖ z.B. in Hallein mehr als 60% der gültigen Stimmen bekommen.

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE REGIERUNG WIRD DIE IN SIE GESETZTEN HOFFNUNGEN NICHT ERFÜLLEN

Den Drang des Volkes nach Reformen hat Kreisky schon vor vier Jahren mit dem Wahlspruch des "modernen Österreich" geschickt zu nutzen verstanden und auch bei den Wahlen 1975 konnte die ÖVP diesem Kurs nichts entsprechendes entgegensetzen.
Dies umso mehr, als die SP-Funktionäre in ihrer Propaganda keine Gelegenheit ausließen, das traditionelle Klischee der ÖVP als konservative und Kapitalistenpartei zu verstärken. Mit der Polemik gegen den Bankdirektor Taus konnte die SPÖ oft nur zuleicht vergessen machen, wieviele Bankdirektoren und Aufsichtsräte sich in ihren eigenen Reihen tummelnund wie sehr die sozialdemokratische Alleinregierung gerade in den vergangen en Jahren das Monopolkapital zufriedengestellt hat. Aber nicht nur als beste Reformpartei hat die SP wieder geworfen, sondern auch, weil ihr das Versprechen, der Arbeiterschaft größtmöglichen Schutz in derKrise zu geben, am ehesten abgenommen wurde. Bekanntlich hatten ja so gut wie alle Parteien im Wahlkampf die Erhaltung der Vollbeschäftigung versprochen, obwohl man in jedem Betreib schon seit längerem zu spüren bekommen hat, wie die angewachsenen Zahl von Arbeitslosen zu verstärktem Druck auf alle Lohnabhängigen ausgenützt wird. Die Ursachen für diese wachsende Existenzunsicherheit wurden von keiner der drei Parlamentsparteien beim Namen genannt und als Ausweg hatten sie allesamt bis hin zur KPÖ nur steigende Staatseingriffe anzubieten.

Es läuft immer auf dasselbe hinaus: Die Lohnabhängigen sollen froh sein, daß sie überhaupt einen Ausbeuter finden, und zum angeblichen Zwecke der Arbeitsplatzsicherung Steuererhöhungen und sinkende Reallöhne geduldig hinnehmen. GAnz so ruhig wird die Entwicklung aber in den nächsten Jahren nicht verlaufen. Denn erstens wird die herrschende Klasse ihren Wohlfahrtsstaat immer deutlicher zur Sicherung ihrer eigenen Wohlfahrt und zu nichts anderem umkrempeln. Zweitens wird sich im arbeitenden Volk die Erkenntnis schneller verbreiten, daß nicht die ARbeitslosigkeit, sondern ihre Ursache - die Ausbeutung durch das Kapital - der Hau ptfeind ist, und damit Schluß gemacht werden mu ß. Die bedrückenden Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft sind es, die unter den Werktätigen der Einstellung zum Durchbruch verhelfen, schlechtes Leben mehr zu fürchten als den Tod. Den bürgerlichen Politikern und Arbeiteraristokraten aller FArben ist es vorbehalten, ihr eigenes "schlechtes Leben" als das lebenswerteste für alle auszugeben.

SOZIALISMUS DURCH PARLAMENTSBESCHLUSS?

Alle in Sicherheit und guter Zukunft gipfelnden Versprechungen konnten wohl deshalb noch so breit Glauben finden, weil die selbständigen Regungen der Arbeiterbewegung seit Jahren nur vereinzelt aufflackern und der Sozialismus meist nur als stille Hoffnung, aber noch nicht als klares Kampfzeil das Denken und Handeln selbst der aufgeschlossensten Arbeiter bestimmt.
Nun faseln seit Bekanntwerden des Wahlergebnisses alle möglichen Zeitungen und die beiden Oppositionsparteien wieder einmal von sozialistischer Gesellschaftspolitik, die dem Land nach dem SPÖ -Sieg angeblich drohe, und selbst Kreisky hat am Schluß seiner Ansprache am Abend des Wahltages den "demokratischen Sozialismus" als Ziel seiner Reformpolitik beschworen.
Diese Beschwörungen haben System: Waren die Reformen der letzten Jahre schon darauf angelegt, das Volk mit fortschrittlich maskierten Gesetzen zufriedenzustellen und gleichzeitig den Geldsegen derReichsten dieses Landes unangetastet zu lassen, so wird dies in den kommenden Jahren nicht anders sein. Allerdings haben sich die äußeren Umstände stark gewandelt, seit die kapitalistische Produktionsweise in die schwerste Krise nach dem II. Weltkrieg getaumelt ist und seit das imperialistische System von tiefgehenden politischen Erschütterungen getroffen wird.
In all das ist Österreich durch die vielfältigsten internationalen Beziehungen der herrschenden Klasse engstens verwoben.

DIE KRISE WIRD DAS UMDENKEN DER ARBEITER BESCHLEUNIGEN

Jetzt in der Krise, da die gesellschaftlichen Produktivkräfte gegen die längst zu eng gewordenen kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit aller Macht zur Rebellion treiben, wird auch der Reformerkurs der SPÖ immer weniger imstande sein, dem Drängen der Massen nach Besserung ihrer Lage und Veränderung der Verhältnisse genüge zu tun.

Noch dazu, wenn man sich ansieht, was dem Volk ins Haus steht. Schon vor den Wahlen hat eine bürgerliche Tageszeitung von der "Reform der Reformen" geschrieben, die uns jeder wie immer zusammengesetzten Regierung zu präsentieren

sein wird. Nämlich enorme Steuererhöhungen zu Lasten des werktätigen Volkes.

Einen Strich durch diese Rechnung machen werden nur die Betroffenen selbst können, keine groß äulige ÖVP oder sonst jemand von dieser Sorte Volksvertreter.

Die Abwehr der geplanten staatlichen Anschläge hat zur Voraussetzung, daß vor allem die Arbeiter sich von der trügerischen Hoffnung auf einen einigermaßen lebenswerten Kapitalismus frei machen und erkennen, daß die SPÖ- "Regierung für die ARbeiter" nur die Schminke vor dem wahren GEsicht der Diktatur der schmarotzerhaften Kapitalistenklasse ist, der dieser riesige Gewaltapparat Staat zur Seite steht.
All das läßt sich durch bloße Betrachtung der Verhältnisse erkennen. Natürlich reicht das noch nicht aus. Es muß hinzutreten der Wille und die Bereitschaft, diese zutiefst ungerechte Gesellschaftsordnung von Grund auf zu ändern.

DIE ARBEITERKLASSE MUSS SELBSTSTÄNDIG PARTEI ERGREIFEN.

Die Macht der Arbeiterklasse liegt nicht in Stimmzetteln und Parlamentssitzen, denn mindestens 80% der wahlberechtigten Bevölkerung sind lohnabhängige und trotzdem hat noch kein Wahlausgang an ihrer betrüblichen Existenz unter der herrschenden Lohnsklaverei etwas geändert.

Auch vier weitere Jahre sozialdemokratischer Alleinregierung werden keinen Schritt zum Sozialismus bedeuten. Weder will das die SPÖ noch ist das auf parlamentarischem Wege, quasi per Gesetzeserlaß möglich.
Auf die verstärkte Abnutzung der sozialdemokratischen Regierung in den kommenden Jahren setzen und hoffen schon heute die Oppositionsparteien, um das nächste Mal selb er zum Zug zu kommen. Diese Art von Stimmzettel-Demokratie wird umso fadenscheiniger werden, je mehr das Volk zur Wahrnehmung seiner Rechte drängt und je eher sich die ARbeiterklasse zur selbständigen politischen Partei bildet, die sich von allen bestehenden Parteien grundlegend unterscheidet und den Kapitalisten und ihrem Staat unversöhnlich gegenübersteht.
Darauf richtet die kommunistische Bewegung ihre Arbeit aus. Bei den jüngsten Betriebsratswahlen als auch bei der Nationalratswahl haben die zum Teil schweren Verluste der KPÖ und zum Teil nur knapp gehaltene Stimmenanteile erwiesen, daß die Arbeiterschaft in der POlitik keine echte Alternative sieht.

Unter der breiten Masse der Arbeiter besteht für eine KPÖ als Neuauflage der Sozialdemokratie und zugleich Sprachrohr der sowjetischen Sozialimperialisten sichtlich kein Bedarf.
Umso größere Verantwortung liegt in der heutigen Situation bei der jungen marxistisch-leninistischen Bewegung.

Eine Orientierung können die Kommunisten geben, wenn sie umfassende soziale und politische Enthüllungen organisieren, richtige und brauchbare Vorschläge zur Durchführung wirtschaftlicher und politischer Kämpfe machen und infolge gründlicher Überzeugungsarbeit einen Beitrag zur Bildung der organisierten Vorhut der Arbeiterklasse leisten.

J.R.

Ärzte: Fette Pensionen aus Versicherungsgeldern

Die Kassenärzte werden in Zukunft sogenannte Treueprämien (monatlich bis zu 4.500 Schilling) erhalten, die zur Gänze aus den Versicherungsgeldern stammen. Das ist das herausragende Ergebnis eines Vertrages, abgeschlossen zwischen Krankenkassenboß Sekanina und Ärztekammerchef Daume. Nebenbei wurde noch eine Honorarzuschlagserhöhung von 10 % beschlossen, diverse Sonderleistungen erhöht oder neu eingeführt. (pro Krankenschein werden praktische Ärzte statt bisher 108,-- ab Jänner 76 127,- Schilling erhalten, Fachärzte statt 115,-- dann 130,-)
Die Regelung der Treueprämie, bereits am 13.August getroffen, aber erst Mitte September bekanntgegeben, hat vorerst nur für die Wiener Kassenärzte Gültigkeit.
Inzwischen wurde allerdings vom Hauptverband der Österr.Sozialversicherungsträger dieses Konzept, das nichts anderes als eine Pension für die Ärzte darstellt, auch den anderen Ärztekammern Österreichs angeboten. Und es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß in Kürze sämtliche Kassenärzte bei uns in den Genuß einer Pension kommen, ohne auch nur einen Groschen dafür zu bezahlen.

SCHÖNER LEBENSABEND - FINANZIERT AUS DEN VERSICHERUNGSBEITRÄGEN DER WERKTÄTIGEN

Alle arbeitenden Menschen zahlen monatlich ihre Beiträge in die Kassen, um sich für den Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit zu schützen und dafür, daß sie nach 30 oder mehr Jahren Arbeit eine Pension erhalten. Mit diesem Vertrag müssen sie auch die Pensionen der Ärzte bezahlen, die heute ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 1 Mill. Schilling haben.

Das ganze ist ein gutes Beispiel dafür, wie und von wem die Kassen ausgeplündert werden. Und außerdem sieht man an diesem Beispiel auch, daß die daß die Krankenkassen längst nicht mehr in den Händen der Versicherten sind, sondern von den Kapitalisten und ihren Vertretern gegen die Interessen der Versicherten geführt werden. Die Pharmazeutische Industrie, die Geräteindustrie, die Bauindustrie (beim Krankenhausbau), die Ärzte, sie alle kassieren und die Krankenkassen klagen über Geldmangel.

Und jetzt kommen die Vertreter der Unternehmer, die sich gerne als Arbeitervertreter aufspielen und sagen: Die Beträge müssen erhöht werden (SPÖ) oder es muß ein Selbstbehalt eingeführt werden (ÖVP, FPÖ). Gerade jene, die vorher die Plünderung der Kassen beschließen (wie in diesem Fall Sekanina durch den "Treueprämien-Vertrag"), halten dann die Hände auf und verlangen von den Versicherten höhere Beiträge.

mm

Statt die Luft reinzuhalten–Grenzwerte erhöht

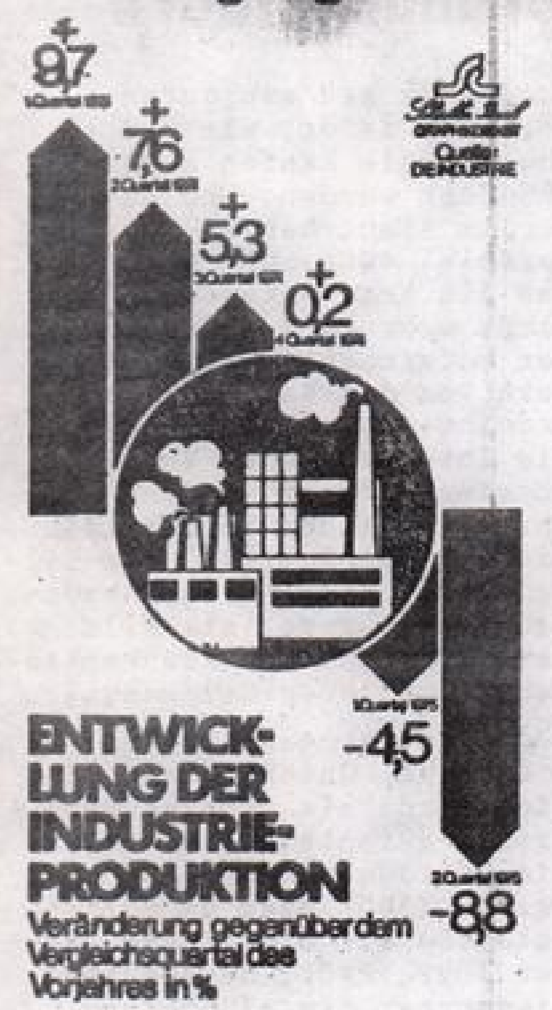
Im Auftrag des Gesundheitsministeriums hat die österreichische Akademie der Wissenschaften Kriterien für die Qualität der Luft erarbeitet, die aufzeigen sollen, wie sauber oder schmutzig die Luft in Wohngebieten sein soll oder sein darf."Die für Wohnbaugebiete vorgesehene Höchstkonzentration des überaus schädlichen Schwefeldioxyds (SO_2) soll einen Tagesmittelwert von 0,20 Milligramm pro Kubikmeter Luft nicht überschreiten." Die Empfehlung der Akademie der Wissenschaften sieht aber die Einführung einer Grenzwertstufe von 0,30 Milligramm pro Kubikmeter Luft vor. Bei diesen Konzentrationen von SO_2 ist aber bereits ein gesundheitliches Risiko für empfindliche oder bereits vorher geschädigte Menschen gegeben, das heißt die Luft ist gesundheitsschädigend. Dazu kommt noch, daß die angegebenen Grenzwerte mangels eines Luftreinhaltesetzes nicht verbindlich sind, sondern eben nur als "Empfehlung" gelten.

Wie kommt es nun aber, daß, wenn ein Luftverpestungsgrad von 0,2 mg SO_2 gerade noch erträglich ist, dennoch der wissenschaftlich empfohlene Grenzwert bei einem wesentlich höherem Wert von 0,3 mg (das sind 30 %) liegt? Das kommt daher , weil der Wert von 0,2 mg in Wohnballungsgebieten, wie etwa dem Linzer Stadtgebiet, vor allem im Winter an 20 bis 70 % der Meßtage überschritten wird. Aber auch im Juli werden von der Meßstation Ing. Stern-Straße Tage registriert an denen der SO_2 Gehalt der Linzer Luft sogar über den Wert von 0,3 mg hinausgeht. Wenn also die Stadtluft über das für die Menschen erträgliche Maß hinaus vergiftet ist, so sorgt der bürgerliche Staat nicht für die Reinigung der Luft, sondern läßt seine Wissenschaftler einfach höhere Grenzwerte empfehlen!

Daran kann man sehen, welchen Wert die Volksmassen den sogenannten wissenschaftlichen Studien und Gutachten beimessen dürfen, mit denen die staatlichen Behörden und die Kapitalisten immer die Folgen, die die alleinige Orientierung der gesellschaftliche Produktion an ihren Profiten auf die Umwelt hat, zu verharmlosen versuchen. Solange der bürgerliche Staat und die bürgerliche Klasse es ist, die die Wissenschaft organisiert und kontrolliert, muß die Arbeiterklasse mißtrauisch sein gegenüber dieser"Wissenschaft" und darf sie ihren "Erkenntnissen" kein Vertrauen schenken; denn die Bourgeoisie verwendet sie nur zu gern als Waffe, um die Massen vom konsequenten Klassenkampf entlang ihrer eignen Interessen gegenüber der bürgerlichen Ordnung abzuhalten. Das sehr gut sehen kann man das gerade an der aktuellen Frage über die "Ungefährlichkeit" der Atomenergie und den"ausreichenden" Sicherheitsbestimmungen in den Atomkraftwerken.
Die Gesundheitsschädlichkeit der Linzer Luft kann man im übrigen daran messen, daß die zur Heilung von Bronchialerkrankungen eingerichteten Klimakammern der Gebietskrankenkasse überbelegt sind. Fachärzte aus ganz Oberösterreich stellen immer häufiger Hauterkrankungen fest, die die SO_2 geschwängerte Linzer Industrieluft besonders bei Pendlern zu den Linzer Arbeitsplätzen hervorruft.

M.Z. (nach OÖN vom 23.8. und Kronenzeitung v. 17.11.74)

Rückgang der Industrieproduktion...



Die Industrieproduktion ist innerhalb eines Jahres (vom 2. Quartal 1974 bis zum 2. Quartal 1975) real um 8,8% gesunken, die Zahl der in der Produktion Beschäftigten um 5%.

Jeder 20.Arbeiter oder Angestellte in der Industrie hat im letzten Jahr seinen Arbeitsplatz verloren. Insgesamt waren in der Industrie um 33.000 weniger beschäftigt als vor einem Jahr, in Industrie und Gewerbe zusammen um etwa 50.000. Davon waren ca. 35.000 ausländische Arbeiter. Ein Teil der Entlassenen hat vorübergehend im Fremdenverkehrssektor Arbeit bekommen.

von Juli 1974 auf Juli 1975

Industrie insgesamt	- 11.4 %
Konsumgüterindustrie	12.o %
langlebige Konsumgüter	22.2 %
Bekleidung	13.4 %
Investitionsgüter	11.7 %

(Quelle: Statistisches Zentralamt)

Am stärksten wirkt sich die Krise aus in den Zweigen, die für den Konsum der Massen produzieren. Die Lebenslage der arbeitenden Menschen verschlechtert sich. Die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums können mit diesem Reichtum nichts anfangen, weil sie ihn als Eigentum der Kapitalisten produziert haben und die produzierten Waren nicht mehr kaufen können.

... und der Beschäftigtenzahl

Rationalisierungen bei der Gemeinde

Wie die Arbeitsplatzsicherung bei der Gemeinde Wien ausschaut,hat man vergangene Woche im Schlachthof erlebt.Die Gemeinde hat eine neue vollautomatische Schlachtanlage errichtet, wo jetzt nur mehr ein Arbeiter benötigt wird, um sie zu überwachen. Von der Abteilung wurden bis auf 15 Kollegen alle entlassen,über 40.Die verbelibenden 15 Kollegen haben aus Protest die Arbeit niedergelegt.

Möbel Pollak Wien

Die größte Wiener Möbelfabrik,die Firma Pollak in Meidling, will ihren Betrieb mit Wirkung von 31.Dezember schließen. Für die 4oo Arbeiter und Angestellten wird es äußerst schwierig sein in der gleichen Branche Arbeitsplätze zu finden.

Höchst(Vorarlberg)/Semperit

Die 210 Arbeiter und Angestellten des "Alemannia"-Werks, einer Tochterfirma des Semperit-Konzerns,wurden gekündigt. Die gesamte Produktion soll aus Gründen der"Strukturbereinigung" nach Wien verlegt werden. Im Zuge weiterer Rationalisierungsmaßnahmen sollen, wie die Konzernleitung in Linz-Wegscheid mitteilte,weitere 1.000 Arbeiter und Angestellte gekündigt werden.

Magnesit AG/Kärnten

Die Österreichisch- Amerikanische Magnesit AG will innerhalb der nächsten drei Monate 24o Arbeiter abbauen. Wie diese Herren vorgehen wollen, läßt sich auch daran erkennen, daß sie offen zugeben, hauptsächlich einmal die Arbeiter über 55 Jahre zu kündigen. Hand in Hand mit den laufenden Rationalisierungsmaßnahmen lauft das darauf hinaus, mit einer geringeren Belegschaft mindestens das gleiche herauszuholen.

FEZ-Gloggnitz

In der Fez-Hutfabrik werden 4o Arbeiter gekündigt. Dies ist der letzte Schub von Kündigungen in diesem Industriegebiet. War es vor kurzem der Abbau in den Textilwerken in Ebreichsdorf, die Schließung der Metallwarenfabrik Thormetall und die"Dauer"-Kurzarbeit bei Brevellier-Urban in Neunkirchen.

Theresienthal/Papier

In der Papierfabrik Theresiental wurden"infolge von Rationalisierungsmaßnahmen" 112 Arbeiter gekündigt.

Oberglas-Bärnbach

Weitere Schwierigkeiten in der Glasindustrie wirken sich jetzt verstärkt in diesem Betrieb aus, wo bereits im Frühjahr kurzgearbeitet wurde. Jetzt ist diese für 150 Arbeiterinnen und Arbeiter wieder eingeführt worden. 14 Tage arbeiten, 14 Tage stempeln gehen, so sieht das für sie aus.

KURZARBEIT BEI FELTEN IN BRUCK

Seit Anfang September arbeiten über tausend von eintausendfünfhundert Beschäftigten der Firma Felten & Guilleaume in Bruck und Diemlach, in der Steiermark, nur vier Tage in der Woche. Es wurde gesagt, daß die Kurzarbeit bis Ende des Jahres andauern wird. Der Grund ist die schlechte Auftragslage.

Interessant daran ist, daß die Beschäftigten, die die Kurzarbeiterunterstützung bekommen, am arbeitsfreien Tag nicht zuhause bleiben können, sondern in den Betrieb kommen müssen. Sie müssen eine Art Schulung über betriebswirtschaftliche und sozialpolitische Fragen mitmachen. Tatsächlich ist es eine Art schlechter bezahlter Anwesenheitsdienst.

Wachsende Zahl von Pleiten

Mit der Vertiefung der Krise wächst die Zahl der Bankrotte. Gab es im ersten Halbjahr 1974 466 Pleiten, so waren es 1975 ereits 587. Neben der Zahl der Pleiten ist auch ihre Größenordnung gestiegen.

GROSSINSOLVENZEN

	1.Halbjahr 1974	1.Halbjahr 1975
Bau	10 Fälle mit 132 Mio.	25 Fälle mit 1.125 Mio.
Holz	3 Fälle mit 38 Mio.	8 Fälle mit 148 Mio.
Metall	5 Fälle mit 130 Mio.	12 Fälle mit 350 Mio.
Textil	14 Fälle mit 464 Mio.	14 Fälle mit 507 Mio.

FRISIERTE ARBEITSMARKTSTATISTIK IN VORARLBERG

"Wieder Vollbeschäftigung in Vlbg." war die Schlagzeile auf der ersten Seite der Vorarlberger Arbeitsmarktinformationen des Landesarbeitsamtes. Danach gab es mit Stichtag 1.8.75 nur 1051 Arbeitslose in Vorarlberg

"Wieder Vollbeschäftigung in Vorarlberg " war die Schlagzeile auf der ersten Seite der Vorarlberger Arbeitsmarktinformationen des Landesarbeitsamtes. Danach gab es mit Stichtag 1.8.75 nur 1051 Arbeitslose in Vorarlberg (0,95 %). Wie sieht es in Wirklichkeit aus?
Zu diesen 1051 "offiziellen" Arbeitslosen kommen die 3993 Gastarbeiter dazu, die zwischen August 1974 und August 1975 geschickt wurden (und von denen sich nach offiziellen Schätzungen noch mindestens 2000 ohne Arbeit und Unterstützung im Land befinden). Nicht gezählt sind weiters z.B. Halbtagsbeschäftigte und Heimarbeiterinnen, die ihre Arbeit verloren haben; Lehrlinge, die nach Beendigung der Lehrzeit keine Arbeitsverträge bekommen; Schulabgänger, die keine Arbeits- oder Lehrstelle fanden.

Zwei Beispiele:
Ein Handelsschul-Absolvent, der wegen schlechter Arbeitsbedingungen die Stelle wechseln wollte, bekam auf dem Bregenzer Arbeitsamt zu hören: "Wir haben 144 Handelsschul-, Handelsakademie- und HTL-Absolventen auf der Liste, wir können Sie höchstens als 145. anhängen." Und von den 23 Maturanten der Elektrotechnik-Klasse der HTL Bregenz hat noch keiner eine sichere Stelle; von denen, die zuerst den Präsenzdienst ableisten wollen, bekamen ganze 2 eine Ferialpraktikantenstelle.

Wenn man alle diese "Fälle" in die Statistik einbezöge, so käme man bei vorsichtigster Schätzung auf mindestens 6000 - 7000 Arbeitslose, das entspricht 6-7 % der unselbständig Beschäftigten!

W.S.

Aus der Insolvenzstatistik des Kreditschutzverbandes von 1870 für die ersten drei Quartale des laufenden Jahres geht hervor, daß die Zahl der Insolvenzen im Vergleich zu 1974 um 20 Prozent angestiegen ist, während sich das Volumen der Passiva um nicht weniger als 80 Prozent erhöhte. In Salzburg gingen in diesem Zeitraum 60 Firmen in Konkurs oder Ausgleich, während sich diese Zahl im Vorjahr auf 51 belief.

Aus: Salzburger Wirtschaft

Bleckmann / Sbg:

Niedriger Grundlohn liefert Belegschaft der Arbeitshetze aus

In den letzten Wochen ist wieder deutlich geworden, wie Bleckmann das niedrige Grundlohnniveau und die spalterischen Lohngruppen ausnützt, um das Letzte aus den Kollegen heruas zu holen. Gezielt wird die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust ausgenutzt. Nach wie vor gibt es dabei Kündigungen, Neusteinstellungen, dazu Überstundenschinderei und Akkordhetze. Bei der kommenden Metaller-Lohnrunde kommt es darauf an: Die Verhandlungen nicht derGewerkschaftsführung zu überlassen, sondern die gewerkschaftliche Kampfkraft von den Betrieben her in die Waagschale zu werden. Das wird auch Schritte gegen die Rationalisierungsmaßnahmen im Betrieb erleichtern.
Über die Lage im Betrieb und Vorschläge für die Betriebsversammlung aus dem Flugblatt des BK Bleckmann.

"Die überwiegende Mehrheit der Produktionsarbeiter hat an die 15 Überstunden pro Woche gerackert. Fast 2 Monate. Die Kollegen haben das nicht aus Spass gemacht. Im Gegenteil, der niedrige Lohn treibt sie dazu, die Möglichkeit auszunutzen, pro Tag 1 - 2 Stunden und am Samstag 7-8 Stunden (ohne jede Pause!) machen zu können. Sie selbst wissen aber am besten, wieviel Nerven dabei draufgehen, wieviel Zeit für Familie und Privatleben dabei verloren geht. Und dass die 50 % pro Überstunde das nie wettmachen können. Bleckmann weiß sehr genau, daß die Überstunden ihm weniger kosten, als entsprechend neue Arbeiter einzustellen und allen einen ausreichenden Lohn zahlen zu müssen-bei dem die Kollegen auf die Überstundenrackerei gut und gern verzichten könnten.
Und dann, was heißt es, wenn nach dem Urlaub die Busfahrten von 100,- auf 400,-(!) erhöht wurden? Nicht anderes, als daß jetzt der Lohn für 6-10 Überstunden nötig ist, um allein das auszugleichen, was die Firmenleitung den Busfahrern bereits aus der Tasche gezogen hat.

VERSTÄRKTE AUSBEUTUNG UNTER DROHUNG DES ARBEITSPLATZVERLUSTES

Die Methode der Firmenleitung ist einfach und immer die gleiche- jetzt in der Krise wirkt sie aber doppelt so arg auf die Arbeiter:
Indem der Grundlohn so niedrig wie möglich gehalten wird, soll die Belegschaft unter Ausnutzung der Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, verstärkt in die Akkordhetze und Überstundenschinderei getrieben werden. Zwecks maximaler Ausnutzung der Maschinen und um die Lohnkosten auf das Niedrigste zu drücken, - das ist eben die Logik des Profits,egal, ob die Auftragslage nun gut oder schlecht ist.
Alle können sich noch erinnern, wie ab dem Vorjahr entlassen wurde und gleichzeitig der Akkord hinaufgedrückt wurde. J e t z t, wo die Auftragslage vorübergehend besser ist, werden Überstunden geschoben, gleichzeitig gibt es Neusteinstellungen und nach wie vor Kündigungen bei den Angestellten, auch aus der Produktion. Eingestellt werden dabei möglichst wenig Kollegen- die Überstunden kommen eben billiger! Bis jetzt wurden etwa 20 Kollegen eingestellt, →

Ausmaß und Auswirkungen der Rationalisierungswelle

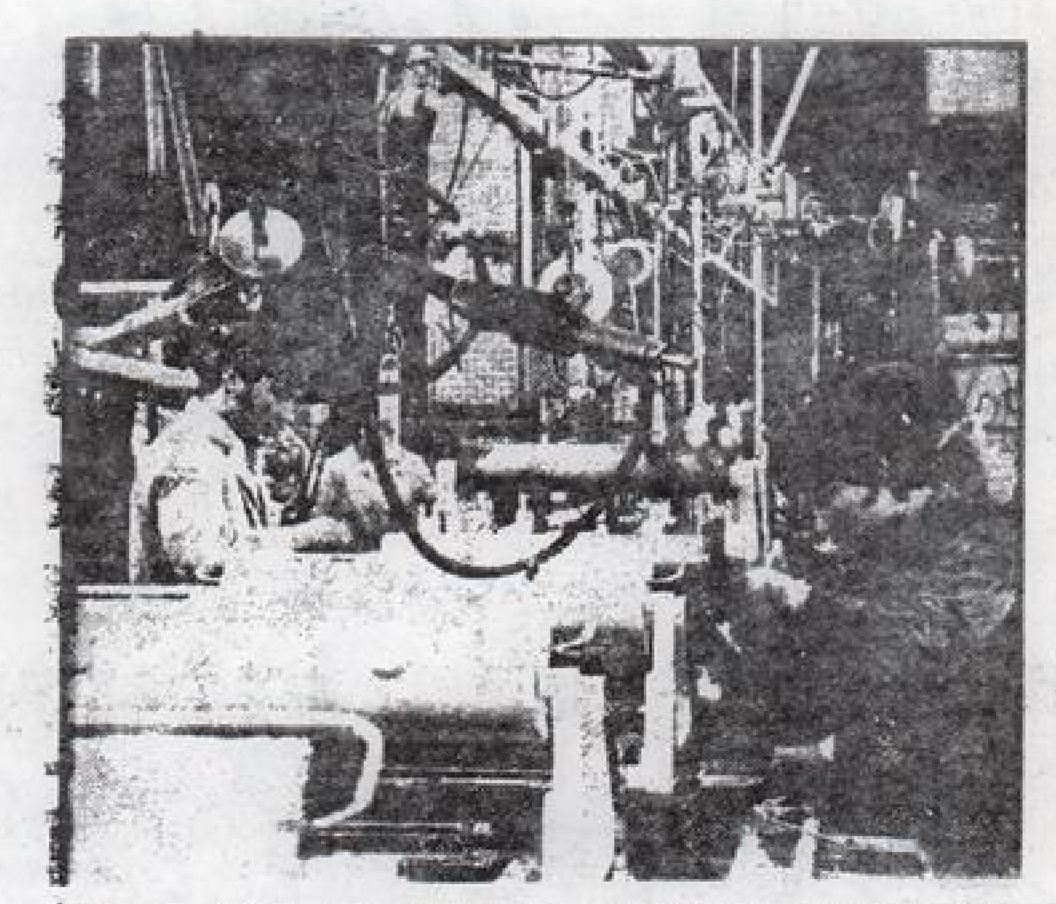
Nach einer Schätzung von Heinz Karl Kienzl in der ÖGB-Zeitschrift "Arbeit und Wirtschaft" gehen durch Rationalisierungen in Österreich pro Jahr etwa 20.000 Arbeitsplätze verloren.

- In der Jännernummer der "Solidarität" wurde festgestellt, daß "die Leistung je Arbeitnehmer in diesen fünf Jahren (von 1970-1974, Anm.d.Verf.) um über 30% gestiegen ist."
- Die Unternehmerzeitschrift "Die Industrie" Nr. 39/1974 gibt schließlich zu, daß von 1964 bis Anfang 1973 die Produktivität pro geleisteter Arbeitsstunde in der Elektroindustrie um 121% zugenommen, sich also mehr als verdoppelt hat.
- Dazu noch ein Beispiel aus einem einzelnen Betrieb: Von 1968 bis Mitte 74 ist der Belegschaftsstand des Elin-Konzerns in Wien um 43% reduziert worden. Die Pro-Kopf-Leistung je Arbeitnehmer ist im gleichen Zeitraum um 77% gestiegen!

Diese Zahlen können einen Eindruck vermitteln, in welch gewaltigem Ausmaß die Kapitalisten die Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft vorangetrieben haben. Mit welchen Methoden diese Steigerung vor sich geht, zeigen die Beispiele aus den Betrieben. Die Auswirkungen dieser Steigerung bestehen darin, daß die Folgen der Ausbeutung für die Arbeiterklasse in erhöhtem Maß spürbar werden: in zunehmender Aufspaltung und Konkurrenz unter den Arbeitern, in immer rascherem Verschleiß und Belastung der Arbeitskraft mit seinen Folgen für Gesundheit und Familienleben der Arbeiter und Angestellten.

Betrachten wir kurz die gesundheitlichen Folgen der gesteigerten Ausbeutung:
Der gesundheitliche Zustand der österreichischen Bevölkerung ist allgemein sehr schlecht. Nach Aussagen von Minister Leodolter gibt es in Österreich 1 Million chronisch Kranke! Bei Stichprobenuntersuchungen 1972 in NÖ mußten von 10.316 Untersuchten ein Drittel sofort dringend zum Arzt geschickt werden!

Wie sehr die Zustände mit der Ausbeutung zusammenhängen das beweisen viele Untersuchungen:
10.000 Herzinfarkte (davon 3000 tödlich) gibt es pro Jahr in Österreich. Am anfälligsten sind keineswegs die Manager, sondern: Techniker, Schlosser, Maschinenarbeiter, Industrieangestellte .....
60% der Arbeiterinnen und Angestellten leiden an Nervosität. Von 100 berufstätigen Frauen klagen 50 über laufende Kopfschmerzen, 25 über Kreislaufstörungen, 15 über Schlafstörungen .....
Nach 10 bis 15 Jahren wechselt der Großteil der Akkordarbeiter wegen zu starker Gesundheitsschäden in den Zeitlohn. Bei Nacharbeitern treten Magengeschwüre dreimal so häufig auf wie bei anderen Arbeitern. Nach einer deutschen Untersuchung haben 90% der Schichtarbeiter Schlafstörungen. In Österreich wurden Arbeiter untersucht, die mit der Schicht aufhören mußten: 40% hatten Verdauungsstörungen, 30% nervöse Störungen, 8% hatten bereits Kreislauferkrankung.



Akkord-, Nacht- oder Schichtarbeit belastet den Organismus. Wer 10 bis 15 Jahre am Fließband steht, erarbeitet sich oft Krankheiten. Nachtarbeiter haben dreimal mehr Magengeschwüre als Normalarbeiter, auch das Unfallrisiko ist höher.

aus: "Kronen-Zeitung"

Bleckmann/Sbg...

meist ausländische Arbeiter und Frauen, die in die niedrigste Lohngruppe 6 eingestuft - sich erst recht abrackern müssen, um durch Akkord und Überstunden auf einen einigermaßen ausreichenden Lohn zu kommen. Gekündigt werden Angestellte, die in der Produktion arbeiten: Meist Einsteller, wie z.B. bei den Rüttelmaschinen, wo jetzt einer die Arbeit von vorher 2 Einstellern machen muß. Ebenso wurde vor 3 Monaten so berichteten Kollegen, ein Arbeiter von einer höheren auf eine niedrige Lohngruppe (2-5) zurückgestuft. Sein Einverständnis wurde mit der Kündigungsdrohung erpreßt. BRO (Betriebsobmann) Brötzner hat ihm noch dazu "angeraten", trotzdem es immer wieder Neueinstellungen gibt.

Jetzt in der allgemeinen Krise der Profitwirtschaft und der zunehmenden Unsicherheit der Arbeitsplätze wirken sich solche Rationalisierungen und die Überstundenrackerei doppelt so arg als Schwächung der Einheit der Arbeiter aus. Denn die Konkurrenz unter ihnen steigt, je mehr gerackert werden muß, um mit dem Geld auszukommen, und je mehr die Kapitalisten mit dem Arbeitsplatzverlust drohen und Arbeitslose als Lohndrücker eingesetzt werden können. Bleckmann nützt das alles gezielt aus und holt so das letzte aus den Arbeitern heraus. Dadurch, daß die Kollegen auf Grund der niedrigen Löhne auf die Überstunden und die Akkordrackerei angewiesen sind, versucht der Kapitalist so jeden Gedanken an Gegenwehr bei den Kollegen zu unterbinden.

Darauf kommt es jedoch mehr denn je an. Das sehen jetzt immer mehr Kollegen. Nicht aber der Betriebsrat und Obmann Brötzner. Wie sonst ist es zu erklären, daß er z.B. keinen Einspruch erhebt, wenn die Firmenleitung von Kollegen die Zustimmung zur Einstufung in eine niedrigere Lohngruppe unter Androhung der Kündigung erpreßt, daß er nicht einmal die arbeitsrechtlichen Vorschriften ausnützt, wenn an Samstagen 7-8 Überstunden ohne Pause gemacht werden. Kollegen, die ihn draufhin ansprachen bekamen zu hören sie können eher beim Arbeiten jausnen. Brötzner ist offensichtlich schon zu lange freigestellt, um zu wissen, wie ein Wurstbrot mit dreckigen Fingern im Akkord oder beim Isolieren mit Schadstoffen schmeckt. Der jetzige Betriebsrat ist also für den notwendigen Widerstand gegen die Unternehmerwillkür eine schwache Stütze. Einzeln können die Arbeiter aber nichts erreichen. Und Schritte gegen die maßlose Überstundenrackerei und Arbeitshetze können nur erreicht werden, wenn g l e i c h z e i t i g etwas gegen die niedrigen Löhne (vor allem Lohngruppe 6) unternommen wird. Gerade da dürfen wir keinesfalls auf die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Organisierung verzichten, sie muß in die Waagschale geworfen werden.



So wird derzeit bei BLECKMANN rationalisiert: möglichst Wenige neu einstellen, möglichst viel aus der Belegschaft herausholen - durch Überstunden, Akkordhetze ...

DIE BELEGSCHAFT MUSS IN DER METALLER-LOHNRUNDE IHRE FORDERUNGEN ANMELDEN !

Der Betriebsrat hat die längst fällige Betriebsversammlung vor den Wahlen verschoben. Er "will keine Politik im Betrieb....." Mit den kommenden Metaller-Lohnrunden steht den Kollegen jedoch ein gewaltiger Brocken Gewerkschafts-"Politik" ins Haus. Die Kapitalisten haben seit langem das Trommelfeuer eröffnet: Eine Bresche für direkten Lohnabbau muß geschlagen werden! Obwohl diese Lohnrunde also für die Kollegen der ganzen Branche eine entscheidende Sache ist - gerade in der Krise, wollen die Gewerkschaftsführer auch diesmals sie Sache allein mit den Kapitalisten aushandeln und die Belegschaften soweit wie möglich heraus halten. Durch diese Rechnung muß ein Strich gemacht werden. Auf die Gewerkschaftsführung die schon "alles regeln" wird, ist kein Verlaß, wie die Aussagen von Benya und Sekanina zeigen.
Wir müssen auf der Betriebsversammlung zum Ausdruck bringen, daß wir, alle arbeiter die Gewerkschaft sind, nicht nur einige Verhandlungsführer.

VORSCHLÄGE ZU DEN LOHNRUNDEN FÜR DIE BETRIEBSVERSAMMLUNG

- einheitliche Lohnerhöhungen (in Schillingbeträgen für alle gleich). Die Höhe darf auf keinen Fall unter der Teuerung liegen und Prozentforderungen sind deshalb schlecht, weil sie eben die Arbeiter auseinanderdividieren und für die verschiedenen Lohngruppen eben verschieden viel herausschaut.
  Auf der Betriebsversammlung sollten wir auf einen gemeinsamen Nenner kommen und eine Resolution verabschieden die der Gewerkschaftsführung unterbreitet wird.
- Ebenso müßte darin die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppe 6 enthalten.

Die Schädlichkeit dieser Lohngruppe zeigt sich im Betrieb besonders krass. Die Mehrheit der Frauen im Akkord , einige Akkordarbeiter und sämtliche jetzt Neueingestellten wurden in 6 eingestuft. Bei diesem lumpigen Akkordgrundlohn versuchen die betroffenen Kollegen sich einen einigermaßen ausreichenden Lohn durch noch mehr Akkord und Überstundenrackerei zu holen. So hat der Kapitalist ein besonders leichtes Spiel mit ihnen, sie sind bei Stoppungen leichter einzuschüchtern, und das erschwert wiederum das gemeinsame Auftreten und die Gegenwehr aller Kollegen. Der einzige Zweck dieser Lohngruppe 6 liegt also in der Niederhaltung der Löhne von einem Teil der Arbeiter- diese Spalterlohngruppe muß weg!

"Schön und gut" wird jetzt mancher sagen, "aber was nützt uns eine Resolution, wenn aus den anderen Betreiben nichts kommt tut die Gewerkschaftsführung ja doch was sie will und wir schauen durch die Finger." Sicher wird die Gewerkschaftsspitze durch Resolutionen von wenigen Belegschaften nicht von ihrem Kapitulationskurs gegenüber den Kapitalisten abzubringen sein. So etwas geht nicht von heut auf morgen. Arber erstens muß ein Anfang gesetzt werden, weil die Arbeiter die Gewerkschaft als ihr Kampfinstrument gerade jetzt dringend brauchen. Und zweitens, gelingt es auf der Betriebsversammlung einen solchen Beschluß zustandebringen, dann ist das ein wichtiger Schritt vorwärts in der Einheit der Kollegen.
Das ist das, war wir eben in jeder betrieblichen Auseinandersetzung gegen die Arbeitshetze und die Überstundenrackerei so dringend brauchen. Wieviele Kollegen sagen nicht immer "Einheit ja, aber wie herstellen"?

BK Bleckmann"

Postverwaltung bricht Arbeitsschutzbestimmung

Durch die Aufnahmesperre der Postverwaltung ist besonders in jenen Bereichen der Post eine unerträgliche Personalsituation entstanden, wo schon bisher eine schwere Arbeit geleistet werden mußte. Mit dem festangestellten Personal kann in einzelnen Abteilungen die anfallende Arbeit nicht mehr bewältigt werddn. In der Urlaubszeit wurden einige Lücken durch Ferialarbeiter besetzt. Eine andere Methode der Verwaltung ist jedoch, mit einzelnen Kollegen befristete Arbeiterverträge abzuschließen. Diese Kollegen sind als Ausholfskräfte eingestuftleisten aber normale Arbeit wie alle anderen.

Im Bahnhofspostamt 4020 Linz werden in der Paketumleitung Kollegen auf einen Monat eingestellt; ist die Zeit um, müssen sie ein paar Tage warteb und bekommen dann wieder Einmonatsverträge. In Salzburg haben Kollegen ähnliche 6-Monatsverträge.

Der Schmäh bei dieser Sache ist folgender: Die Postverwaltung erspart sich bei diesen Zeitverträgen die ANrechnung von Vorzeiten, wie es bei normalen Verträgen üblich ist. Sie erspart sich höhere Gehälter, denn diese Kollegen rücken nie in höhere Gehaltsstufen auf. Vor allem schaffen solche Verträge ständige Esistenzunsicherheit. Denn für diese Kollegen gibt es keinen Kündigungsschutz, keine Abfertigungen, keinen vollwertigen Urlaubsanspruch.

Im ORF Lehrbuch "Warum Arbeits- und Sozialrecht" heißt es über solche Verträge: "Solche Kettenverträge sind unzulässig und die Arbeitsgerichte behandeln sie als Arbeitsverträge auf unbestimmte Zeit, wenn durch sie die für den Arbeitnehmeer günstigeren Bestimmungen über unbefristete Arbeitsverhältnisse umgangen werden sollen."
Die Post schließt solche Verträge ab. Wesentliche Arbeitsschutzbestimmungen, die im letzten Jahrhundert im gewerkschaftlichen Kampf gegen die staatlichen Kapitalisten und ihrem Staat erzwungen worden sind., werden im staatlichen Postdienst nicht eingehalten. Auch hier gilt, daß den Arbeitern freiwillig nichts gegeben wird, daß sie um ihr Recht kämpfen müssen.

Post Kollektiv/Sbg.

Beispiel Waagner-Biro:
Was nützt der Osthandel den österreichischen Arbeitern?

Die KPÖ schlägt bei jeder Gelegenheit vor, daß die Durchsetzung der Forderung nach Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den Oststaaten das Recht auf Arbeit durchsetzen helfe. Wir wollen an Hand eines konkreten Beispiels untersuchen, wem diese Forderung nun wirklich nützt.

Nun behauptet die 'Volksstimme' in einem Artikel der Wochenendbeilage vom 3o./31. August, daß die "Waagner-Biro AG .... einer der vielen österreichischen Großbetriebe (ist), die auf Grundlage der Aufträge aus sozialistischen Ländern die kapitalistische Krise haben abwehren können."

Dies würde bedeuten, daß bei einer weltweiten kapitalistischen Wirtschaftskrise, wie wir sie heute haben, es Betriebe geben kann, die die Auswirkungen dieser Krise nicht zu spüren bekommen, da sie Aufträge aus der Sowjetunion oder einem anderer Ostblockstaat haben.

Sehen wir uns das näher an: Nach welchen Kriterien vergibt z.B. die Sowjetunion ihre Aufträge an den Westen? Die Aufträge bekommt der, der am billigsten ist - das ist einsichtig und ihr nicht vorzuwerfen. D.h. auch, daß die Waagner-Biro ihre Aufträge nur unter Konkurrenzbedingungen bekommt, denn Brücken und Kessel produzieren auch andere Betriebe. Und nun sind durch die Wirtschaftskrise die Konkurrenzbedingungen schlechter geworden, jeder einzelne Betrieb sieht sich mehr Konkurrenten gegenüber. Und um den Auftrag zu bekommen, muß man billiger produzieren. Und billiger produzieren heißt rationalisieren, die Ausbeutung der Arbeiter verschärfen. Diese "Notwendigkeit" spüren auch die Kollegen bei Waagner-Biro, trotz Osthandel - genau wie in jedem anderen Betrieb.

VERBESSERT OSTHANDEL DIE KAMPFBEDINGUNGEN DER ARBEITER ?

Die 'Volksstimme' schreibt weiters: "Osthandel (bei Waagner-Biro) als bessere Bedingung für die Arbeiter und Angestellten, ihre Rechte durchzusetzen".

Das ist ja auch die zentrale Frage: Was ändert sich durch den Ausbau des Osthandels für die Arbeiter bei Waagner-Biro?

Das wichtigste "Ergebnis" für die Kollegen bei der Biro: die verschärfte Arbeitshetze.

Es werden nicht mehr Arbeiter eingestellt, die Kollegen stöhnen unter dem verstärkten Überstundendruck, Schichtarbeit wird eingeführt, Kollegen müssen einen Gießereiofen zusätzlich übernehmen - die Arbeitsintensität steigt ständig. Diese verschärfte Arbeitshetze wird mit der Drohung der Entlassung durchgesetzt. Vorigen Monat wurde sogar das Gerücht ausgestreut, daß größere Entlassungen bevorstünden. Was wurde damit bezweckt: Unsicherheit unter den Kollegen zu erzeugen. Die Angst um den Arbeitsplatz soll die Kollegen zu verstärkter Arbeitsleistung antreiben. (U.a. läuft der Vertrag mit einigen Dutzend ungarischen Arbeitern im Herbst aus - wer wird ihre Arbeit machen?!) - Und das sind nun die verbesserten Kampfbedingungen!

Die Kampfbedingungen hängen gerade in der Krise immer weniger von den Bedingungen in einzelnen Betrieben ab, sondern wie die Arbeiter einer ganzen Branche oder die gesamte Arbeiterschaft dastehen. Denn jeder arbeitslose Kollege, auch wenn er nicht bei der Biro flog, wird von den Kapitalisten benutzt, Druck auf die Belegschaft auszuüben. Den Spruch - "draussen stehen genug, Du kannst ja gehen, wenn Dir hier was nicht paßt" - kennen bereits alle Kollegen bei Waagner-Biro, die ihre Unzufriedenheit über die Arbeitshetze oder die zu geringen Löhne oder sonst was geäußert haben, oder denen sonst halt irgendetwas nicht "paßte".

"OSTHANDEL MACHT SICH BEZAHLT" - FÜR WEN?

Daß sie die Kampfbedingungen für die österreichische Arbeiterklasse nicht ändert, zeigt das Beispiel Waagner-Biro. Fördert sie die Einsicht der Arbeiter in das Wesen des kapitalistischen Systems? Nein - sie versucht Illusionen zu schaffen, daß der Kapitalismus reparierbar wäre. Fördert sie die Feindschaft der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft? Nein - sie versucht die Unterordnung unter die Kapitalisteninteressen zu fördern, nach dem Motto: "Treibt schön Handel mit dem Osten, dann geht's uns gut" - ziemlich sicher den Waagner-Biro-Kapitalisten, aber nicht den Arbeitern.

J.K.
Waagner-Biro-Kollektiv,
Wien .

Engel/Schwertberg: Verschärfter Akkord ermöglichte zweite Kündigungswelle

Die Platzspritzguß-Maschinenfabrik Engel in Schwertberg hat im AUGUST- nach einer ersten Kündigungswelle im Frühjahr und 3 Monate Kurzarbeitsperiode im Frühsommer - neuerlich an die 50 Arbeiter und Angestellte gekündigt.
Jahrelang hat der Betrieb erweitert und aus den Arbeitern das letzte herausgeholt um die Profite des Engel-Schwiegersohnes Schwarz und Kompagnon zu steigern. Wie in vielen anderen kapitalistischen Betrieben ist dabei weit mehr produziert worden als auf dem Markt loszuschlagen ist. Jetzt sitzen die Kapitalisten auf ihren Lagern.
Aber Schwarz und Co wollen auch in einer solche n Überproduktionskrise, die die planlose Profitwirtschaft zwangsläufig immer wieder hervorbringt, auf keinen Schilling Profit verzichten. Ausbaden sollen die Misere deshalb allein die Arbeiter und kleinen Angestellten, die all die angehäuften Werte und Anlagen geschaffen haben.

SCHON BISHER LOHNABBAU UND KÜNDIGUNGEN.

Bereits die Kurzarbeitsperiode hatte einen kräftigen Lohnverlust gebracht. Mit dem Freitag als zwangsweise arbeitsfreien Tag fiel auch ein Teil des Lohnes weg.
Den vielen Kollegen, die nach jahrelanger Schufterei für den Engel-Profit vom blauen Brief überrascht wurden, folgten an die 50 Kollegen "freiwillig". Die wollten aus Angst, die Nächsten zu sein, jede sich noch bietende Verdienstmöglichkeit nützen, oft auch unter schlechtesten Bedingungen, z.B. langer Pendelstrecken bis nach Linz.

Das Ergebnis: entweder der Kollege arbeitet so schnell weiter wie bisher, dann schaut beim Akkordlohn weniger heraus. Oder er ist, wie in den meisten Fällen, gezwungen seinen Lohn annähernd zu halten, dann muß er schneller arbeiten und verbraucht viel mehr Kraft und Nerven. Beides nützt dem Kapitalisten, der billiger produziert als zuvor. Beides schadet den Arbeitern, weil sie sich einschränken, und noch mehr abrackern müssen. In letzter Zeit mischt sich der Kapitalist Schwarz selbst immer häufiger unter die Antreiber und schreit herum.

WENN EINER FÜR ZWEI ARBEITET, WIRD DER ANDERE ÜBERFLÜSSIG

Was so auf der einen Seite mehr aus der Belegschaft herausgeschunden wird, macht auf der anderen Seite Arbeiter und kleine Angestellte entbehrlich. So konnte Schwarz im August auf weitere 50 Mitarbeiter "verzichten" und hat sie gekündigt. Gegen die verschärfte Arbeitshetze und weitere Kündigungen gibt es für die Engel-Belegschaft kein anderes Mittel als den geschlossenen Kampf. Die Engel-Arbeiter haben im Jänner-Streik ihre Kraft gespürt, als der besonders frechen Antreiberei durch Hahnl ein Schlußpunkt gesetzt worden ist. Gerade das Vertrauen in diese Kraft gemeinsamen und selbständigen Handelns soll jetzt unterhöhlt werden durch das von der Betriebsleitung ausgestreute Lamentieren, daß der Streik vom Jänner an der jetzigen Misere Schuld sei. Auf dieselbe kampflose Kapitulation vor den Angriffen der Engel-Kapitalisten läuft jetzt auch die Orientierung einzelner Betriebsräte an der Sorge um den Engel-Profit, statt am Standpunkt der ganzen Belegschaft hinaus.

p.k.

NÖ-Textilindustrie:
»Uns nimmt keiner – ausgewerkelt wie wir sind«

Was die vielzitierte "Strukturbereinigung" der Wirtschaft für die Werktätigen bedeutet, darüber kann man sich von den Arbeitern und Angestellten des Textilwerkes Möllersdorf (Bezirk Traiskirchen, NÖ) aufklären lassen. Das Werk Möllersdorf (der Vöslauer Kammgarn) wird im Februar 1976 zugesperrt. 35o Arbeiter und 51 Angestellte stehen dann auf der Straße. Hintergrund dieser "Gesundschrumpfung" ist die Fusionierung von drei großen Textilbetrieben - der Vöslauer Kammgarn, der "Piering"-Werke in Heidenreichstein (NÖ) und der Micheldorfer Kammgarn (OÖ).

"So schaut es aus mit der Arbeitsplatzbeschaffung", empörte sich ein Arbeiter. "Hier nehmens uns die Arbeitsplätze weg, in Oberösterreich schaffens dann 'neue' Arbeitsplätze und bringen das noch groß im Fernsehen und in der Zeitung."

DIE ENTLASSENEN IN MÖLLERSDORF STEHEN VOR DEM NICHTS

Ein Gemeinderat von Traiskirchen erklärt: "Es gibt nur für einzelne die Möglichkeit, hier in der Umgebung Arbeit zu finden. Auch im Metallwerk Möllersdorf gibt es nach der Zusammenlegung mit dem Werk Berndorf/Ranshofen Rationalisierungen. Im ganzen Bezirk (13.000 Einwohner) werden ca. 1.000 Arbeiter und Angestellte davon betroffen sein. Aber es sind ja hauptsächlich Ausländer und Frauen". Richtig, Benya hat die Haltung der Gewerkschaft ja schon deutlich klargelegt: Ausländer sollen eben heimfahren. Frauen gehören an den Herd. Sie sind offenbar zum reinen Vergnügen arbeiten gegangen.

Eine Arbeiterin zeigt uns ihre Hände - dicke entzündete Gichtknoten. "Das ist von der Arbeit hier. Wenn man nicht schnell genug ist und den Weghammer draufkriegt, hat man einen Bruch. Dann kriegst später leicht die Gicht". Früher hat sie im Metallwerk gearbeitet. "Das hab ich nicht mehr ausgehalten. Am Abend war die ganze Brust blau vom Eisenschleppen." "Wennst aber an einer Maschine mit 5.000 Spindeln steh st, dann rinnt Dir der Dreck nur so den Rücken runter".

In der Zeit der Kurzarbeit (zwei Mal in der letzten Zeit) haben die Arbeiterinnen fast dasselbe geschafft wie mit Normalarbeitszeit. "Da hat sich keine was sagen getraut aus Angst, daß sie dann gehen kann."

"Wenn ich nach so einem Tag heimkomme, bin ich total fertig", erzählt uns eine Arbeiterin. "Der Haushalt rennt noch irgendwie mit, aber dann soll ich mich noch um die Kinder kümmern. Die Große lernt jetzt auch schlechter, aber ich hab keine Zeit, ihr zu helfen. Wenn einer noch das Radio laut aufdreht, da explodier ich. Dann tun mir die Kinder wieder leid, aber ich hab einfach zu wenig Zeit und Nerven."



FRAUEN IN DER TEXTILINDUSTRIE: Für die Kapitalisten sind sie nur Arbeitsvieh. Sie arbeiten unter unmenschlichen Bedingungen und fliegen als erste auf die Straße.

Schichtarbeit - eine Woche von 6 bis 14 Uhr, die nächste Woche von 14 bis 22 Uhr. Der Körper wird total aus dem Rhythmus gerissen. Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Magengeschwüre, Nervenleiden; so schaut das Leben der Schichtarbeiter aus. Für die Frauen die Dreifachbelastung: Beruf, Haushalt, Kinder.

WAS WERDEN SIE AB FEBRUAR MACHEN?

Sie sind ratlos. "Es sagt uns keiner was", ist die allgemeine Antwort. "Vielleicht kann der Betriebsrat uns im Vöslauer Werk unterbringen", hoffen manche. Der SP-Betriebsrat Gutmann ist Vizebürgermeister von Traiskirchen. Der Gemeinderat weiß, daß fast niemand Arbeit finden wird.

"Pendeln kann man noch gehen, d.h. um halb 4 Uhr früh auf und um 12, halb 1 nachts ins Bett, wenn man die Arbeit zu Hause auch noch irgendwie schaffen will. Da legst dich bald ins Grab", sagt uns eine Frau, die das kennt.

"Die Jüngeren kriegen vielleicht noch eine Arbeit, aber ich steh acht Jahre vor der Rente. Uns nimmt doch keiner mehr, so ausgewerkelt wie wir sind", sagt uns eine ältere Arbeiterin. "Mein Mann ist mit 5o Jahren gestorben. Im Werk haben sie immer gesagt, daß seine Arbeit absolut ungefährlich ist (Entgasen von Stoffen), aber der Arzt im Spital hat uns gesagt, daß er auf beiden Seiten auf der Lunge Blausäurevergiftungen hat. Jetzt steh ich alleine da und kann stempeln gehn. Ein ganzes Leben hat ich geschuftet. Die Rente wird auch noch danach sein."

Gerade an den Frauen, die gezwungen sind, als "Doppelverdienerein" in der Industrie arbeiten zu gehen, wirkt sich die hemmungslose Ausbeutung durch die Kapitalisten besonders stark aus. Haben sie ein "Glück" und finden sie eine Arbeit, so dürfen sie um 25 Schilling in der Stunde schuften, bis sie ein Wrack sind. Kommt der Kapitalist in "Schwierigkeiten", so werden sie entlassen und verlieren, da sie kaum eine andere Arbeit finden, nach einiger Zeit den Anspruch auf das Arbeitslosengeld. Wird sie aber einige Jahre vor der Rente entlassen, so verliert sie allen Anspruch auf eine entsprechende Pension und muß mit der Mindestrente auskommen.

(aus Klassenkampf, Wien)

Textilfusion macht 500 Arbeitsplätze überflüssig

Die Vöslauer Kammgarn, die Micheldorfer Seidenspinnerei und die Firma Piering haben beschlossen, sich unter Führung der Vöslauer Kammgarn zu einer Textil AG zu vereinigen. Bis Februar 1976 soll es soweit sein, dann werden nach den Vorstellungen der Fabriksdirektoren 1.900 Arbeiter und Angestellte von den jetzt in allen drei Betrieben etwa 2.450 Beschäftigten übrigbleiben.
Für diese alles andere als arbeitsplatzerhaltende Maßnahme werden auch noch Steuermittel aus verschiedenen Investitionsförderungsfonds in Höhe von 130(!) Millionen Schilling flüssig gemacht.

Als erstes soll das Werk Mollersdorf überhaupt zugemacht werden. Die 400 dort Beschäftigten haben trotz der spürbar niedrigen Löhne - bei Arbeitern im Durchschnitt 25.- Schilling die Stunde - keine Sicherung ihrer Arbeitsplätze zu erwarten. Sie werden durch das niedrige Lohnniveau nur noch in ihrer geschlossenen Widerstandskraft geschwächt.

VÖEST: Die Rationalisierer gehen um

Kündigungswelle mit Verzögerungseffekt

VÖESt-Alpine wartet noch ab — Mittel für Umschulungsaktionen zu Ende?

DIE PRESSE 19. Sept. 1975

Eigenbericht der „Presse"

WIEN (d. p. f.). Die Gerüchte über bevorstehende Massenkündigungen bei Österreichs größtem Unternehmen, der VÖESt-Alpine, wollen nicht verstummen. Derartige Mutmaßungen sind zwar nicht aus der Luft gegriffen, kämen allerdings, wie es in Expertenkreisen heißt, für den Moment nicht in Betracht. Die Gründe dafür lägen nicht auf wirtschaftlicher, sondern auf politischer Ebene, wird erklärt. Man nennt einerseits die Nationalratswahl, andererseits die Betriebsratswahlen in Linz (15./16. Oktober) und Donawitz (Mitte November) als Termine, die einer Kündigungswelle entgegenstünden. Kurz vor Weihnachten würde man dann ebenfalls keine drastischen Maßnahmen einleiten.

Somit ist erst zu Jahrsbeginn mit einer wirtschaftlich notwendigen Verringerung der Arbeitskräfte zu rechnen, die sich nach Meinung informierter Kreise etwa in einer Größenordnung von 3000 bis 4000 Beschäftigten bewegen könnte. An den Plänen dafür wird bereits jetzt gearbeitet. So wurde eine Aktion 60/55 ausgearbeitet, das heißt, eine Aufstellung jener Leute, die frühzeitig in Pension geschickt werden können (insgesamt sollen es 942 Personen sein). Diese Aktion soll, wie in Fachkreisen versichert wird, rigoros durchgezogen werden. Für darüber hinausgehende Kündigungen gibt es angeblich noch keine einschlägigen Listen. Im Stahlkonzern wird derzeit allerdings das Budget für 1976 erstellt, wobei auf dem Personalsektor bereits reduzierte Kosten eingesetzt werden.

Zur Aufrechterhaltung der Beschäftigtenzahl ist das Unternehmen nunmehr gezwungen, auf Märkte auszuweichen, wo nur noch unter den Grenzkosten verkauft werden kann. Dadurch verschärft sich die finanzielle Situation, die Verluste werden noch wesentlich anwachsen, gesprochen wird bereits von zwei Milliarden Schilling. Dabei waren im Vorjahr noch fast zweitausend zusätzliche Arbeitskräfte aufgenommen worden. Der Vorstand ist jedoch der Ansicht, daß diese Verluste in Kauf genommen werden müssen.

Die gegenwärtige Beschäftigungspolitik der Regierung wird freilich aller Wahrscheinlichkeit nach bis zum Jahresende neu überdacht werden müssen. Derzeit versucht man bei beschäftigungspolitischen Problemen, den Weg der Umschulung zu bechreiten. Da sich aber in nächster Zeit die Zahl der Beschäftigten, die „umgeschult" werden, wesentlich erhöhen wird — der staatliche Edelstahlkonzern soll beispielsweise dafür weitere Mittel bekommen —, dürften die Gelder der Arbeitsmarktförderung bald ausgeschöpft sein. Es erhebt sich somit die Frage, ob der Finanzminister hier mehr Mittel zur Verfügung stellen wird, oder ob nicht dann auf Kurzarbeit (bei Umschulung werden 70 Prozent, bei Kurzarbeit nur 50 Prozent des Lohns gezahlt) oder Kündigungen umgeschwenkt wird. Es ist jedenfalls, so erklärten Experten, mit einer wesentlichen Verschärfung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zum Jahreswechsel zu rechnen.

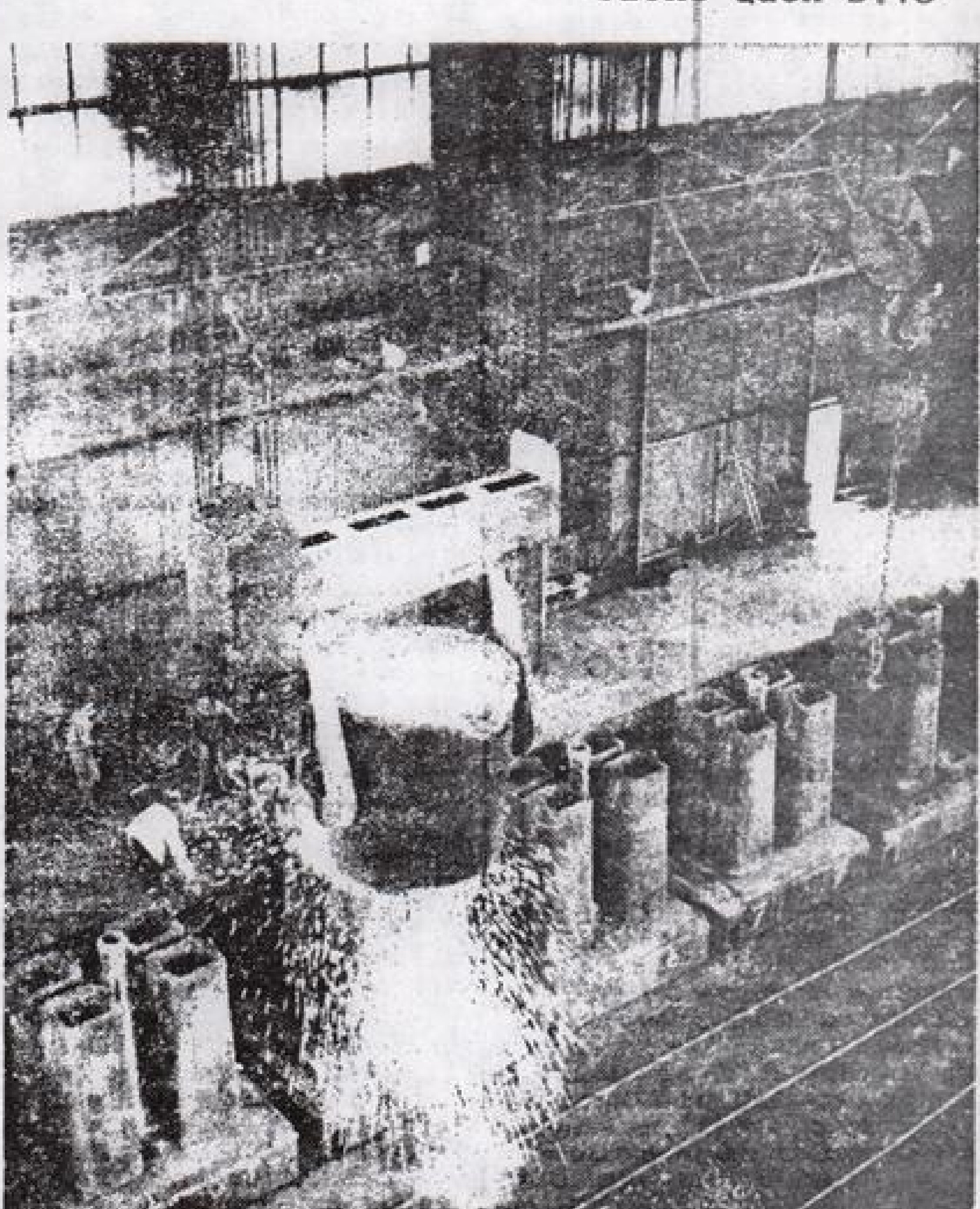
Vorigen Monat war ich zufällig im Ingenieurbüro der HAM als irgend so ein Rationalisierer anrief: "Wieviel Leute haben Sie?" "Cirka 120" "Gut, wir rechnen mit einer Produktionseinschränkung von 20 bis 30 %, also hauen sie mindestens 20 % ihrer Leute raus!" Es ist mittlerweile ein offenes Geheimnis, daß die Rationalisierer nur auf die Wahlen am 5. Okt. warten, um nachher kräftig zuzuschlagen. Zur Zeit bereiten sie alles daraufhin vor. Bereitsseit Monaten gibt es eine Aufnahmesperre, nur in speziellen Bereichen werden bestimmte Leute aufgenommen. Abgänge durch Pensionen und Todesfälle werden praktisch nicht mehr ersetzt, ausländische Kollegen werden still und heimlich reihenweise entlassen. Zum Teil werden Kollegen innerhalb des Werkes herumgeschoben, was meistens mit einem Lohnverlust verbunden ist. Ein gewisser Magister M. behauptet kürzlich einem Kollegen von mir gegenüber, in der VÖEST seien mindestens 2000 Leute "überflüssig". Bei uns in der Bude sind wir uns einig: Wenn einer "überflüssig" ist, dann der liebe Magister M.

Die Reihenfolge bei solchen "planmäßigen" Entlassungen ist klar: zuerst die Gastarbeiter, dann die Jungen, die leichter Ersetzbaren, die weniger Erfahrenen, die "Aufmucker" usw... Die restlichen Kollegen sollen sich immer in der trügerischen Hoffnung wiegen, es wird schon irgenwelche andere treffen. Das Ganze wird mit der gegenwärtigen weltweiten Flaute begründet. Aber sind wir daran schuld? Sicher nicht, aber warum sollen dann wir das Schlamassel ausbaden? Für uns ist klar: wenn jetzt weniger Aufträge sind, dann sollen so viele rausgeschmissen werden, daß der Rest mindestens soviel Arbeit machen muß, wie derzeit alle zusammen. Und wenn einmal wieder ein Aufschwung kommen sollte, dann werden diejenigen, die noch Arbeit haben, auch die zusätzliche Arbeit übernehmen müssen.

So stellt es sich zumindest die Betriebsleitung vor. Vor allem werden die Chefitäten immer sagen "Seid's doch froh, daß ihr überhaupt noch arbeiten dürft, draußen warten 10 für jeden Posten." Die werden jeden Arbeitslosen als Druckmittel gegen jeden noch Beschäftigten gebrauchen. Bei uns in der HAW wird bereits seit längerem kräftig rationalisiert, Früher hatte jeder Stoßofen einen Ersten und einen Zweiten, dann mußte ein Erster zwei Öfen übernehmen. Schließlich wurden zwei neue Öfen gebaut, die fast die doppelte Kapazität wie die vier alten haben, aber der Belegschaftsstand blieb der gleiche. Dabei hätte die Betriebsleitung am liebsten noch 2 Mann wegrationalisiert, wenn wir uns nicht gewehrt hätten! Bei den Tieföfen sieht es ähnlich aus: Dort müssen auch schon 2 Kollegen auf je 2 Steuerständen fahren und wenn es nach der Betriebsleitung geht, dann werden früher oder später sicherlich noch weitere Stände zusammengelegt. Das würde bedeuten: halbe Belegschaft und als Trostpflaster: Der lächerliche Schilling pro Stunde mehr. Früher gab es auch z.B. zweimal pro Jahr, eine neue Kluft und an heißen Tagen Kaugummi und Zitrone. All das ist schon längst abgeschafft. Aber langsam ist unsere Geduld am Ende. Jetzt kommt es mehr denn je darauf an, daß alle zusammenhalten, daß wir den ganzen Spaltungs- und Einschüchterungsmanövern der Betiebsleitung unsere Einheit entgegenstellen, sonst sitzen wir immer am kürzeren Ende. "Keine RausSCHMISSE, keine weiteren Zusammenlegungen, keine zusätzlichen Arbeiten, auch wenn sie uns mit ein paar Schillingen mehr ködern wollen! Das ist das Mindeste, worüber wir uns einigen müssen und was wir durchboxen müssen: über Unterschriftensammlungen, über die Vertrauensleute, über den Betriebsrat, über die Gewerkschaft, aber vor allem durch unsere Einigkeit!

Ein VÖEST-Kollege

siehe auch S.10



Nach Jahren des Aufschwunges voll in die Krise: Bei einer Kapazität von 3,1 Millionen Tonnen werden in Linz momentan nur 2,2 Millionen Tonnen produziert. Gleichzeitig verlagert die VÖEST-Alpine Teile der Produktion in andere Länder. Die Unsicherheit unter den Arbeitern und der Druck auf sie wächst. - Im Bild: eine Halle der Hütte Donawitz

Aller SP-Propaganda zum Trotz:

Zahl der Arbeitsplätze sinkt

Die SPÖ behauptet, es habe noch nie so viele unselbständig Beschäftigte gegeben wie heute, die Zahl der Arbeitsplätze sei in der Zeit der SPÖ-Regierung um 3oo.ooo gestiegen. Das stimmt: 1969 gab es im Durchschnitt 2,357.6oo Beschäftigte, 1974 2,656.922. Von diesen 3oo.ooo entfielen über 15o.ooo auf die ausländischen Arbeiter. Die andere Hälfte sind Jugendliche, die neu ins Berufsleben eintreten; Frauen, die insbesondere angesichts des niedrigen Lohns des Mannes zu arbeiten anfangen; kleine Bauern und Gewerbetreibende, die durch die grosse kapitalistischen Konkurrenten runiniert wurden.

Was zeigen diese Zahlen? Sie zeigen, dass der starke Konjunkturaufschwung seit 1971 es für die Kapitalisten notwendig machte, weitere 3oo.ooo Menschen in die Produktion zu ziehen und der Ausbeutung zu unterwerfen. Seit Mitte 1974 wächst die österreichische Wirtschaft nicht mehr. Ebenso stagniert die Beschäftigung bzw. nimmt sie ab. Gab es Ende Juli 1974 alles in allem 2,676.132 Beschäftigte, so Ende Juli 1975 2,676.646, d.h. um 5o4 mehr. Im August waren es bereits um ca. 2.3oo weniger.

Noch viel stärker ist in diesem Jahr die Beschäftigtenzahl in Industrie und Gewerbe zurückgegangen, nämlich um 67.ooo. Ein Teil davon, ca. 3o.ooo bis 4o.ooo, waren ausländische Arbeiter und sind abgeschoben worden. "Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan ...". Ein Teil der Ausländer ist im Fremdenverkehr untergekommen, allerdings oft nur als Teilzeitbeschäftigte.

Was zeigen diese Zahlen? Sie zeigen, dass das Kapital "Arbeitskräfte" anzieht und wieder abstösst, je nachdem, ob es sie profitabel arbeiten lassen kann oder nicht. Ohne Rücksicht auf ihre Existenz. Sie zeigen, dass der Arbeiter in unserer Gesellschaft nur Ausbeutungsobjekt ist. Weder kann von einem "Beschäftigungsrekord" die Rede sein noch von diesbezüglichen Verdiensten der SPÖ-Regierung.

Um das zu vertuschen, spricht die SPÖ oft nur von der "Inländerbeschäftigung". Zwar seien 3o.ooo bis 4o.ooo Ausländer abgebaut worden, aber zugleich stünden ebensoviele Inländer mehr in Beschäftigung als vor einem Jahr. Und die Ausländer seien eben nur ein "Polster auf dem Arbeitsmarkt". Die ausländischen Arbeiter sind aber kein "Polster", sondern Klassengenossen für die inländischen Arbeiter. Die Kapitalisten nutzen - ob sie Inländer oder Ausländer auf die Strasse setzen - auf jeden Fall Entlassungen und die Furcht vor der Arbeitslosigkeit, um die Ausbeutung zu steigern und so weitere Arbeiter überflüssig zu machen. Kreisky hat unlängst in der Polemik gegen die ÖVP ganz richtig gesagt: "Hinter jedem Arbeitslosen steht schon ein zweiter." Genauso steht hinter jedem entlassenen Ausländer ein Inländer, der als nächster an die Reihe kommen kann.

Zweitens "vergisst" die SPÖ, dass die Mehrbeschäftigung von Inländern insgesamt nichts daran ändert, dass in der Industrie absolut weniger beschäftigt sind und dort daher die Drohung der Kapitalisten mit der Arbeitslosigkeit besonders stark ist. Schliesslich ist die Mehrbeschäftigung von Inländern nicht einmal gross genug, um die Schulabgänger aufzunehmen, so dass im Juni 34.987 offenen Lehrstellen 45.94o lehrstellensuchende Schulabgänger gegenüberstanden.

KIENZL: „Den Unternehmern Vertrauen und Kampfgeist einflößen"

Vor einer Betriebsversammlung der Chemiefaser Lenzing AG sprach Anfang Oktober H. Kienzl, Vorsitzender der ÖGB-Kontrollkommission, über Wirtschaftspolitik. Der ÖGB-Nachrichtendienst berichtete am 9. Oktober: "Um sich im Wirtschaftsleben behaupten zu können, brauchen die Unternehmensleitungen einen gewissen Kampfgeist, der ... durch die Wahlpropaganda der ÖVP stark gedämpft worden ist. Wenn die Wähler klare Verhältnisse geschaffen haben, werde es sicherlich nötig sein, im Rahmen der Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner auch an der psychologischen Front das aufzubauen, was die Propaganda zerstört hat, schloß Kienzl."

Der Herr, dessen Kopf diese scharfen Überlegungen entspringen, hat nicht nur einen hohen Posten im ÖGB, sondern ist als prominentes SPÖ-Mitglied auch Nationalbankdirektor. Deswegen dürfte ihm entgangen sein, daß der unternehmerische Kampfgeist in einer Hinsicht seit Monaten ungebrochen an Härte zunimmt und das mit oder ohne Zureden der SPÖ weiterhin tun wird - nämlich spürbar wachsender unternehmerischer Kampfgeist gegen die Arbeiter. Einziger Zweck der Aussprache war wohl, jeden Kampfgeist der Arbeiter gegen die Kapitalisten herunter zu machen. Bei einigen Zuhörern wird er wohl auch schon diesmal das Gegenteil bewirkt haben.

J.R.

ZU VÖEST

SPÖ – Kein Schutz für die Arbeiter in der Verstaatlichten

Die Betriebswahlen in einigen der größten österreichischen Industriebetrieben werden in diesen Wochen abgehalten. Die bisherigen Ergebnisse sind in der hauptsächlichen Tendenz darauf hinausgelaufen: Stimmenzuwachs für SP-Listen, meist zuungunsten der KPÖ. Man könnte meinen, die SPÖ hat Anerkennung als Vorkämpferin für die Arbeiterinteressen erhalten. Aber das ist sie seit langem nicht mehr. Und schon die nächste Zukunft wird erweisen, daß die Arbeiterschaft sich durch Vertrauen in die sozialdemokratische Regierung und Befolgung ihrer Beschwichtigungsparolen in den Fabriken nicht gegen die Krise und ihre Folgen zur Wehr setzen kann. Das ist vor den jetzigen Betriebsratswahlen noch fast nirgend offen zur Sprache gekommen. In der staatlichen VÖEST-Alpine stehen harte Auseinandersetzungen bevor (siehe die recht aufschlußreiche Zeitungsnotiz "Kündigungsweile mit Verzögerungseffekt"). Können diese Angriffe abgewehrt werden, oder nicht – das ist von großer Bedeutung dafür, wie sich die Fronten zwischen der gesamten österr. Arbeiterklasse und den Kapitalisten entwickeln.

Jeder sechste Industriearbeiter Österreichs ist in der Verstaatlichten beschäftigt. So wie die VÖEST-Alpine und andere Staatskonzerne das Rückgrat der österr. Monopolbourgeoisie für deren weltweiten Konkurrenzkampf darstellen, wird von den in Linz, Donawitz und anderen Konzernbetrieben konzentrierten Arbeitermassen die Durchschlagskraft jeder größeren Bewegung in der Arbeiterklasse abhängen.



„Mit ein bißchen Druck werden wir die Gewinne schon weiter nach oben drücken!"

Nicht zur Wehr werden sich die Arbeiter setzen können, solange sie auf die Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Industrie Rücksicht nehmen. Wie nehmen denn die Konzernherren auf die Arbeiter Rücksicht? In den letzten fünf Jahren stieg die Zahl der Arbeitskräfte in den verstaatlichten Betrieben um 10 %, während im selben Zeitraum rund 100 % mehr an Umsatz herausgeholt wurde. Überstunden wurden vergeben und Schichten gefahren, was nur ging - wieviele haben sich dabei ihre Gesundheit ruiniert. Und jetzt ? Der Dank für alle Mühen der Arbeiter ist noch brutalere Antreiberei, Lohnverluste durch Kurzarbeit und ständige Bedrohung mit Arbeitsplatzverlust. Kreisky hält schon die Stange. Er ließ verlauten, seiner Meinung nach seien Massenentlassungen erst der Fall, wenn es über 1,000 geht. Bis Jahresende wird der Bundeskanzler wohl mit der Sprache herausrücken. Besser freilich, die betroffenen Arbeiter ergreifen schon vorher selber das Wort.

JR

542 SUPERSCHMAROTZER

Jetzt erst ist die Aufstellung der Vermögenssteuer für 1971 herausgekommen. Die Ergebnisse lassen leicht erkennen, warum dies von der Bourgeoisie nur zögernd geschieht. Nach den sicherlich "leicht" nach unten korrigierten Aufstellungen haben immerhin 542 Einzelpersonen jeweils mehr als 30 Millionen Schilling (!) im Jahr versteuert. Dies ist allerdings nur die Untergrenze. Wieviel mehr sie wirklich versteuert haben, und wieviel sie dann überhaupt nicht versteuert haben - das verrät uns die bürgerliche Statistik nicht mehr. Auch die Aufstellung der Vermögenswerte läßt einige Rückschlüsse darauf ziehen, wie sich im Kapitalismus eine immer kleinere Gruppe von Schmarotzern in den Besitz von immer mehr Vermögen setzen. Bei den "juristischen Gesellschaften", also bei den Unternehmungen besitzen 3,3 % der Personen 82,2 % der Vermögenswerte.

Vorschläge zu den Kollektivvertrags-Runden

Die bevorstehenden Lohnrunden sind sowohl von Bedeutung dafür, zu welchem Preis die Kapitalisten in nächster Zukunft Arbeitsplätze ausbeuten können, als auch unter welchen Bedingungen, mit welchen Einschränkungen und mit welchen Methoden sie dies tun können. Die Kollektivverträge gelten für die ganze Metallbranche und es wird heutzutage immer wichtiger, daß die Arbeiter und Angestellten die wesentlichste Voraussetzung für ihre Stärke in die Waagschale werfen: nämlich ihre große Zahl. Diese wird dann zur Geltung kommen, wenn Einheit über die Berechtigung und Notwendigkeit der heute aus Arbeitersicht vordringlichen Lohnforderungen und Schutzbestimmungen erzielt wird. Solidarität - das wird eine reine Beschwörungsformel der Gewerkschaftsführungen sein, solange sie darunter Bedachtsnahme auf das Wohl der Fabriksherren verstehen.

Die folgenden Vorschläge für Festlegungen in den neu abzuschließenden Kollektivverträgen gehen einzig und allein davon aus, daß unter den heutigen Umständen aus der Sicht der Lohnabhängigen nötig ist.

GLEICHER LOHN

„Mit der Abschaffung der Frauenlohngruppen in den Kollektivverträgen ist leider noch keine echte Gleichstellung der Frauen mit den Männern in der Entlohnung erfolgt. Durch ungleiche Arbeitsplatzbewertung, ungleiche Einstufung in das Lohnschema und durch geringe Aufstiegsmöglichkeiten sind die Frauen bei gleicher Leistung noch immer schlechter entlohnt als die Männer. Frauen beziehen ein im Durchschnitt um 30 bis 40 Prozent geringeres Einkommen als Männer." So heißt es in einem der 60 Anträge, die vom 7. Frauenkongreß des ÖGB beschlossen wurden.



„Wieso gleicher Lohn? Der Mann hat doch viel größere Hände!"

Heute schaut die "ungleiche Einstufung" so aus, daß Frauen fast ausschließlich in Lohngruppe 6 arbeiten (zwei bis drei der Frauen in der Metallbranche). Der einzige Zweck dieser "Speziallohngruppen", wie neben der Lohngruppe 6 auch die Lohngruppen 9 und 10 (für Jugendliche), liegt in der Niederhaltung der Löhne von Teilen der Arbeiterschaft, die für oft gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden. Diese Lohngruppen müssen aus den Kollektivverträgen gestrichen werden.

AUSREICHENDE UND EINHEITLICHE ERHÖHUNG DER IST-LÖHNE UND -GEHÄLTER, UM INFLATION UND ARBEITSHETZE AUSZUGLEICHEN!

Nur zu spürbar ist die Zeit innerbetrieblicher Lohnerhöhungen und mäßig steigender Reallöhne für die meisten Arbeiter schon seit Monaten vorbei. Gegenwehr tut not, um dieser herabdrückenden Tendenz entgegenzutreten. Vereinzelte Aktionen auf sich gestellt haben geringe Chancen auf Erfolg, wenn sie nicht zur Startsignal für gemeinsame Aktion in möglichst allen Betrieben einer Branche werden. Das wird umso besser gelingen, je früher und breiter die wichtigsten Forderungen gemeinsam erhoben werden, auf Betriebsversammlungen, in Betriebsräten und Gewerkschaftsgruppen.

Eine wichtige Ergänzungsforderung zu den tatsächlichen Lohnerhöhungen ist die ABSICHERUNG DER ISTLÖHNE DURCH KRÄFTIGE ANHEBUNG DER MINDESTLÖHNE UND-GEHÄLTER.

Die Kluft zwischen tatsächlich gezahlten Löhnen und kollektivvertraglich abgesicherten Untergrenzen für die einzelnen Lohngruppen ist in den Jahren der Hochkonjunktur oftmals auf über 30% gestiegen. Die im KV fixierten Mindestlöhne sind wesentlich mehr abgesichert als die Istlöhne, die von mehreren Kapitalisten bereits offen unterlaufen und heruntergesetzt wurden. Wird diesen Absichten nicht durch entsprechende KV-Mindestlohnsätze schleunigst ein Riegel vorgeschoben, wird das katastrophale Auswirkungen auf unzählige Arbeiterhaushalte haben und die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen noch mehr anheizen. Außerdem schafft eine entsprechende Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne bessere Voraussetzungen zum Kampf gegen die zermürbende und spalterische Antreiberei durch Akkord- und Prämiensysteme.

ANHEBUNG DER LEHRLINGSENTSCHÄDIGUNG UM DENSELBEN BETRAG WIE FÜR ALLE ANDEREN!

Bei den Metallarbeitern muß zur Zeit im ersten Lehrjahr 300.-, im zweiten 400.-, im dritten 520.- und im vierten Lerhjahr 700.- Schilling an Lehrlingsentschädigung gezahlt werden. Das ist meistens alles. Damit ist natürlich kein selbständiges Auslangen zu finden und die Eltern werden zusätzlich belastet.

STREICHUNG DER "SPEZIAL"-LOHNGRUPPEN FÜR FRAUEN UND JUGENDLICHE!

Die Lohngruppen 9 und 10 im MetallerKV sind die schlechtest bezahlten und zur möglichst niedrigen Einstufung von Jugendlichen da, auch wenn sie beispielsweise am Fließband dasselbe wie ältere Kollegen leisten müssen. Solche Lohngruppen sind ein Keil zwischen den Arbeitern und gehören weg. Ebenso ist das bei der 6er-Lohngruppe der Metallarbeiter, in der nach Informationen des Bundeskanzleramtes 2/3 der Frauen als angelernte Kräfte eingestuft sind. 2/3 der angelernten männlichen Arbeitskräfte sind in Lohngruppe 4. Die Abschaffung der Lohngruppe 6 kann einen Schritt zur Verwirklichung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit sein. Auch aus anderen Kollektivverträgen sind solche Speziallohngruppen zu streichen.

VIER WOCHEN MINDESTURLAUB OHNE AUFSCHUB!

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben den 4wöchigen Mindesturlaub ebenso auf ihre Fahnen geheftet wie der Bundeskanzler seinen Wahlsieg damit untermauert hat. Aber durchgesetzt ist diese Minimalforderung deswegen noch nicht. Es ist die Mobilisierung in den Betrieben und eindeutige Vereinbarung in den Kollektivverträgen nötig, damit die sofortige Verlängerung des Mindesturlaubs nicht an der Blockade der Kapitalisten und mit "Rücksicht auf die Wirtschaft" womöglich zu-

weiter auf Seite 12

Eine bezeichnende Bilanz der Lohnpolitik der ÖGB Führung

Die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Lohnrunden z.B. bei den Metallarbeitern seit 1967 zeigen, daß durch sie brutto gerade die Erhöhung der Preise gemäß dem zwielichtigen Preisindex ausgeglichen wurde.

	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	zus.
Preise stiegen um	4,0%	2,8%	3,0%	4,4%	4,7%	6,3%	7,6%	9,5%	9,5%	65,07%
Gewerkschaftl. Lohnerh. um	-	5,0%	5,5%	-	8,0%	9,0%	12,5	12,5	-	65,04%

Preis Tabelle 1974 bis 1975

Was es wirklich mit den Preiserhöhungen auf sich hat, merkt man erst deutlich, wenn man sich die Veränderung der Preise für lebensnotwendige Güter anschaut. (Die Zusammenstellung wurde aufgrund des Haushaltsbuchs einer Arbeiterfamilie gemacht.)

	Preis 1974	Preis 1975	Differenz %
Schweinefleisch Schopfbraten	58,—	69,—	18 %
Obst (Äpfel) Speiseäpfel	11,—	14,—	30 %
Haferflocken (Supermarkt)	4,9o	5,3o	8 %
Zucker Feinkristall (Supermarkt)	7,8o	9,7o	24 %
Mehl	6,4o	7,2o	12,5 %
Reis - Spezial (Supermarkt)	14,8o	18.9o	27 %
Gebäck	-,8o	-,9o	12 %
Brot	7,8o	8,8o	14 %
Kartoffel	3,5o	4,5o	28 %
Milch 1/2 l Baby	3,5o	3,8o	8,5 %
Diverse Kosten:			
Telefon 1 Std.	15,--	2o,--	33 %
Betriebskosten bei Mietzins I-IX/74 - 75	4.262,--	4.811,--	13 %

Zwei Parteien — eine Predigt

SPÖ:

Finanzminister Androsch am 4.3.1975: "Was für das vergangene Jahr gegolten hat, das gilt für das heurige und das nächste Jahr noch mehr. Sowohl bei den Einkommenszuwächsen wird eine Verringerung eintreten müssen wie auch bei den Energiezuwächsen." (Kurier, 14.3.1975)

Nationalbank-Generaldirektor Kienzl (SP): "Wir müssen (bei den Lohnerhöhungen) in Österreich schrittweise - jedes Jahr um zwei oder drei Prozent - zurückgehen. Auf diese Weise sollten wir wieder auf ungefähr acht bis neun Prozent Lohnsteigerungsrate kommen."

ÖVP:

Taus am 23.4.1975: "Eine echte Möglichkeit für die Inflationsbekämpfung sehe ich nur in der Einkommenspolitik. Für einen gewissen Zeitraum (ein bis drei Jahre) muß man zur Kenntnis nehmen, daß die Verteilung des Volkseinkommens konstant bleibt, beziehungsweise sich etwas zum Nachteil der Masse der Bevölkerung verändert." (Volksblatt, 24.4.75)

Taus am 9.4.1975: "Österreichs Lohnpolitik darf in den nächsten zwei Jahren auf keinen Fall über die Inflationsrate hinauswachsen." (Oberösterreichische Nachrichten, 10.4.75)

Forts. von S. 11

rückweichender Gewerkschaftsspitzen scheitert oder noch weitere Jahre hinausgezögert wird.

VERWIRKLICHUNG DER 40-STUNDEN-WOCHE, ALLGEMEINES ÜBERSTUNDENVERBOT!

Seit offizieller Einführung der 40-Stunden-Woche hat sich gezeigt, daß diese Arbeitszeitverkürzung so lange nicht einheitlich zum Tragen kommen wird, als den Kapitalisten immer noch freie Hand zur Verlängerung des Arbeitstages durch Überstundenvergabe gelassen ist.

UNGEKÜRZTE LOHNZAHLUNG BEI KURZARBEIT UND ZWANGSURLAUB!

Gegenwärtig ist den Kapitalisten durch die Arbeiter-Kollektivverträge nur vorgeschrieben, daß sie im Falle zeitweiliger Kurzarbeit das Urlaubsentgelt nach der normalen Arbeitszeit zahlen müssen. Diese Bestimmung ist natürlich völlig ungenügend in einer Zeit, wo bereits Tausende Arbeiter einen Geschmack davon bekommen haben, wenn sie plötzlich um einen Teil ihres Monatsverdienstes gebracht werden, während der Kapitalist oft in weniger Arbeitszeit den Arbeitskräften noch größere Mehrarbeit abpreßt.

GEGEN JEDE AUSLÄNDERKLAUSEL IM KOLLEKTIVVERTRAG!

Im Ausländerbeschäftigungsgesetz wurde festgelegt, daß asuländische Kollegen zuerst zu entlassen sind, bevor ein Betrieb auf Kurzarbeit gehen darf oder österreichische Kollegen entlassen werden. In der Praxis ist das ein Freibrief für die Kapitalisten, durch ungestörte Ausländerrausschmisse gleich von vorneherein der ganzen Belegschaft den Zahn zu ziehen. Reichen die Arbeiter freiwillig auch nur den kleinen Finger, dann sind sie allzuschnell die ganze Hand los. Die Gemeinsamkeit der Arbeiter ergibt sich nicht aus derselben Sprache, sondern daß sie alle derselben Macht, demselben Ausbeuter gegenüber stehen. Solange aber die Konkurrenz mit allen ihren Folgen unter den Lohnabhängigen vorherscht, werden sie nicht zum gemeinsamen und erfolgreichen Handeln kommen. In den Kollektivverträgen sollte die Ablehnungjeder Ausländerklausel zum Ausdruck gebracht werden.

J.R.

Was hinter der Formel 'Solidarische Lohnpolitik' steckt

In letzter Zeit hört man von führenden SP- und VP-Gewerkschaftern immer häufiger eine neue Formel, wenn vom Lohn die Rede ist: "Solidarische Lohnpolitik".

Benya in einem Interview zum ÖGB-Kongreß:

- "Man wird sich vom System der gleichprozentigen Lohnerhöhungen auf eine gewisse Zeit, ich sage nicht Ewigkeit, trennen müssen. In den unteren Einkommensbereichen werden wir etwas mehr tun müssen, in den oberen bremsen."
- Allgemein: "Die Einkommenssteigerungen werden etwas kleiner sein als in den letzten Jahren, weil auch das Wachstum kleiner ist."
(Kurier, 13.9.1975)

Bereits im April erklärte der Vorarlberger Arbeiterkammerpräsident Jäger (ÖVP/ÖAAB) unter dem Motto "Solidarität in der Lohnpolitik":

- "Vor die Wahl gestellt, in einem Betrieb oder in einer Branche höhere Löhne durchzusetzen auf die Gefahr hin, daß dann Kündigungen durchgeführt werden müssen, oder mit einer geringeren Erhöhung zufrieden zu sein, damit alle Arbeitnehmer beschäftigt werden können und der Betrieb über die Durststrecke hinwegkomme, müsse man sich für die zweite Alternative entscheiden." (Neues Volksblatt, 17.4.1975)

Vom Gewerkschaftstag der Gemeindebediensteten, der kürzlich statfand, wird im ÖGB-Nachrichtendienst vom 11.9.1975 berichtet:

- "daß die Gemeindebediensteten am für alle Arbeitnehmer geltenden Grundsatz der solidarischen Lohnpolitik festhalten werden. Sie werden jedoch (!) keineswegs auf die volle Abgeltung der Teuerung verzichten."

Dreimal "solidarische Lohnpolitik", im Prinzip in allen drei Fällen der gleiche Gedanke:

1. Die besser verdienenden Arbeiter müssen mit den schlechter verdienenden Arbeitern solidarisch sein und sich mit weniger Lohn zufriedengeben. (Benya)
2. Wenn der Unternehmer mit Kündigungen droht, müssen alle Arbeiter solidarisch sein und sich mit weniger Lohn zufriedengeben. (Jäger)
3. Angesichts der staatlichen Finanzkrise müssen die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst mit den anderen Lohnabhängigen solidarisch sein und sich mit weniger Lohn zufriedengeben. (Gewerkschaftsführung der Gemeindebediensteten)

Die "Solidarität" der SP- und VP-Gewerkschafter besteht kurz gesagt darin: WENIGER LOHN, WENIGER LOHN, WENIGER LOHN.

Ob das dann "etwas kleinere Einkommenssteigerung" oder "geringere Erhöhung" heißt, es kommt aufs gleiche heraus: Angesichts der keineswegs "kleineren" oder "geringeren" Verteuerung der Lebenshaltung bedeuten "kleinere" oder "geringere" Lohnerhöhungen IM ENDEFFEKT EBEN WENIGER LOHN.

Schon die Lohnerhöhungen des letzten Jahres haben für einen Großteil der Lohnabhängigen kaum die Teuerung abgegolten - "kleinere" und "geringere" Lohnerhöhungen werden das nicht einmal annähernd tun. Die ersten Beispiele dafür gibt es schon: Sowohl die Bauarbeiter-Lohnrunde im Mai als auch die der Textilarbeiter jetzt haben den Reallohnverlust seit den letzten Abschlüssen bei weitem nicht wettgemacht.

Die Kapitalisten wollen die Löhne herunterdrücken, soweit es nur geht, - die SP- und VP-Gewerkschaftsführer liefern ihnen die Kapitulation bereits am silbernen Tablett.

SPALTUNG STATT WIRKLICHE SOLIDARITÄT

Worin besteht nun der springende Punkt bei der sogenannten "solidarischen Lohnpolitik"? Die SP- und VP-Gewerkschaftsführer gehen davon aus, daß man den Kapitalisten nachgeben und die Löhne senken soll. Um der (Profit-) Wirtschaft nicht zu schaden und um damit angeblich Arbeitsplätze zu schützen. Es werden von vorneherein so niedrige Abschlüsse bei den Lohnverhandlungen angepeilt, daß diese in der Form der Prozenterhöhung den unteren Gruppen effektiv nichts bringen würden und daher nicht durchsetzbar wären. Deshalb tauchen plötzlich Vorschläge auf, den unteren Gruppen einen Mindestbetrag zu garantieren oder überhaupt fixe Schillingbeträge auszuhandeln - um insgesamt die Hinnahme des Lohnabbaus zu rechtfertigen.

Für diesen Zweck appellieren die bürgerlichen Gewerkschaftsführer nun plötzlich an die Solidarität der Arbeiter.

Die Arbeiter brauchen ihre Solidarität aber für einen ganz anderen Zweck: Nicht eine Solidarität des Kuschens vor den Kapitalisten, sondern eine Solidarität zum Zweck der einheitlichen und ausreichenden Verteidigung des Lohns für alle auch in der Krise - eine Solidarität zum Kampf gegen die Kapitalisten und ihr ausbeuterisches Lohnsystem.

Die "solidarische" Lohnpolitik der SP- und VP-Gewerkschaftsführer ist dafür völlig untauglich. Sie setzt der Spalterpolitik und den Angriffen der Kapitalisten nichts entgegen, im Gegenteil: Sie fördert diese Spaltung noch, indem sie verschiedene Arbeitergruppen gegeneinander ausspielt, wobei das Endresultat der Lohnabbau für alle ist.

KV-Verhandlungen bei den Angestellten der Zivilingenieurbüros: 1500.– für alle !

Am 1. September eröffnete die Gewerkschaft der Privatangestellten, Sektion Angestellte in Zivilingenieurbüros, mit einem Brief an die Ingenieurkammer die Verhandlungen über einen neuen Kollektivvertragsabschluß. Die Unternehmer reagierten schnell: Unter dem Titel "Gewerkschaft dreht durch" griffen sie die Gewerkschaft scharf an. Verständlich, denn die Mitglieder hatten diesmal ihre Lebensinteressen zum Maßstab ihrer Forderungen gemacht:

- 1.500,-- Schilling auf die Ist-Gehälter als Inflationsabgeltung für 18 Monate, für alle gleich;
- Anhebung der KV-Mindestgehälter um mindestens denselben Betrag in allen Beschäftigungsgruppen;
- 4.000,-- Schilling KV-Mindestgehalt für Anlernlinge und Jugendliche;
- nur mehr Überstunden mit 100 % Zuschlag.

WIR MÜSSEN UNS ORGANISIEREN !

Die Sektion Angestellte in den Zivilingenieurbüros ist eine der am schwächsten entwickelten in der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA). Obwohl diese Branche in Österreich 7.000 bis 8.000 Angestellte umfaßt, waren bis April nur 128 organisiert. Die GPA selbst hatte keine Ahnung von der Situation in den Zivilingenieurbüros.
Anfang des Jahres gründeten einige dieser Angestellten in Wien die "Arbeitsgruppe Werktätige in Planung und Technik" mit dem Ziel, die gewerkschaftliche Organisierung in dieser Branche voranzutreiben und innerhalb der Gewerkschaft gegen die Sozialpartnerschafts-Politik zu kämpfen. Fernziel ist, alle in der Bauproduktion Tätigen in einer einheitlichen, kämpferischen Gewerkschaft zusammenzufassen.
Zu einer Veranstaltung dieser Arbeitsgruppe am 15.April im Wiener Gewerkschaftshaus kamen 75 Besucher. Sie zeigten reges Interesse an weiterer Information und vor allem an einer besseren Vertretung durch die GPA. 30 wollten sofort mitarbeiten. Durch die Arbeit dieser Gruppe stieg die Mitgliederzahl der Gewerkschaftsektion innerhalb von zwei Monaten von 128 auf 205.

FORDERUNGEN ZU DEN KV-VERHANDLUNGEN

Die Arbeitsgruppe erstellte ein Forderungsprogramm zu den bevorstehenden KV-Verhandlungen und veröffentlichte es. Die GPA selbst wollte keines zur Diskussion stellen, sondern nur die Mitglieder nach ihren "Wünschen und Ideen" befragen.

Obwohl die GPA die Vervielfältigung und den Versand des Programms übernahm, wollten ihre Funktionäre bei der folgenden Mitgliederversammlung die Arbeitsgruppe wieder ausschalten: Nur Betriebsräte sollten verhandeln dürfen. Da die Funktionäre vor den Mitgliedern aber zu einem demokratischen Verhalten gezwungen waren, mußten sie fünf Leute der Arbeitsgruppe in eine Kommission zur Erarbeitung eines Forderungskatalogs zu den KV-Verhandlungen aufnehmen. Dort tauchten Differenzen auf, unter welchen Forderungen ein breiter Zusammenschluß aller Werktätigen in Zivilingenieurbüros zu erreichen ist. Man einigte sich aber einstimmig auf die vier oben angeführten Forderungen, nur die Forderung nach 1.500 Schilling Inflationsabgeltung wurde mit 5 zu 4 gegen eine 17 %-Forderung →

Wilde Wünsche zum Kollektivvertrag

Die Gewerkschaft der Privatangestellten ist zu einem fragwürdigen Sturm auf die Ziviltechniker angetreten. Man hat der Bundes-Ingenieurkammer ein Forderungspaket übermittelt, dessen Inhalt sagenhaft ist. Entgegen den meist maßvollen Äußerungen beim Bundeskongreß des ÖGB und entgegen den ebenso verantwortungsbewußten und „zurückhaltenden" Worten des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes haben aus der Gewerkschaft der Privatangestellten ausgesprochene Scharfmacher einen Forderungskatalog auf den Tisch gelegt, der jegliche stabilitätspolitische und realistische Einschätzung völlig vermissen läßt. In direkten Briefen an die Angestellten bei Ziviltechnikern rühmt sich die Gewerkschaft noch dieses illusionistischen Pakets, obgleich man auch in dieser Gewerkschaft wissen müßte, daß der Paketinhalt sowohl der einsichtigen Haltung des Gewerkschaftsbundes als auch der sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation ausgesprochen Hohn spricht. Es wird eine partnerschaftsfeindliche Attacke geritten, die die Atmosphäre der Zusammenarbeit in den Büros nur vergiften kann.

MIT DIESEM BRIEF ERÖFFNETE DIE GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN DIE VERHANDLUNGEN UM EINEN NEUEN KOLLEKTIVVERTRAG:



Österreichischer Gewerkschaftsbund
Gewerkschaft der Privatangestellten

An die
Bundes-Ingenieurkammer

Karlsgasse 9
1040 Wien

Betrifft: Kollektivvertrag

Sehr geehrte Herren!

Gemäß § 2, Abs. 3), letzter Satz des Kollektivvertrages vom 12.5.1971 richten wir das freundliche Ersuchen an Sie, mit uns umgehend Verhandlungen über die Abänderung der derzeit gültigen Bestimmungen dieses Kollektivvertrages aufzunehmen. Als Terminvorschlag übermitteln wir Ihnen den 25.9.1975 und hoffen, daß dieser Termin für Ihre Verhandlungskommission akzeptabel erscheint.

Wir ersuchen, in Anbetracht der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten jenen Angestellten, die höhere als im Kollektivvertrag festgelegten Gehälter beziehen, ihr bisheriges Gehalt um S 1 500,-- zu erhöhen.

Der § 7. Überstunden und deren Entlohnung wird wie folgt geändert:
(2) a) Der Grundstundenlohn beträgt 1/150 des Bruttomonatsgehaltes. In diesem Grundstundenlohn sind alle über 12 Monatsgehälter hinausgehenden Sonderzahlungen für die Zwecke der Überstundenentlohnung bereits berücksichtigt.
b) Der Zuschlag beträgt 100% des Grundstundenlohnes.
c) Überstunden können über ausdrücklichen Wunsch des Angestellten durch Freizeit abgegolten werden. Sie müssen mit 100% Freizeitzuschlag vergütet werden; zum Beispiel: eine Überstunde = zwei Stunden Freizeit. Die Freizeit ist einvernehmlich innerhalb der 3 nächstfolgenden Monate zu konsumieren.

DIE REAKTION DER UNTERNEHMER KAM PROMPT UND SCHARF: IN IHREM ORGAN "KONSTRUKTIV" GRIFFEN SIE DIE GEWERKSCHAFT SCHARF AN

KONSTRUKTIV
OFFIZIELLES ORGAN DER BUNDES-INGENIEURKAMMER
25

GEWERKSCHAFT DREHT DURCH
GIFTSCHRANK
Mittel zur Vernichtung der Partnerschaft
GIFTKÜCHE
ANTI ZT
GIF

Erinnerungen eines alten Arbeiters an seine Lehrzeit:

"Wenn viel Arbeit war, durften wir nicht in die Berufsschule gehen"

Vor 50 Jahren sprang die Ausbeutung vielleicht deutlicher ins Auge als heute. Grundlegendes hat sich aber daran nicht geändert, weder im gesamten Gesellschaftssystem, noch im kapitalistischen Ausbildungswesen. Ein Kollege, der von 1925 bis 1929 in Salzburg eine Schlosserlehre absolvierte, berichtete der KOMMUNISTISCHEN ARBEITERZEITUNG von seinen Erinnerungen.

"Eigentlich wollte ich Automechaniker werden. Ein Jahr lang habe ich keine Lehrstelle gekriegt, dann habe ich eben eine Schlosserlehre angefangen. Das liege in derselben Richtung, haben sie mir damals in der Arbeitsvermittlung gesagt.

Gleich am zweiten Tag wurde mir die Freude am Beruf handgreiflich beigebracht: Ich sollte mit der Schublehre ein Werkstück abmessen, obwohl mir niemand gezeigt hatte, wie man das macht - prompt kassierte ich die ersten Ohrfeigen.

Ich könnte viele Beispiele nennen, wie der Geselle uns sekkiert hat. Er war auch einige Zeit wegen Lehrlingsschinderei im Gefängnis, aber dem Lehrherrn war das nur recht und er warf ihn auch nicht hinaus. Wenn ich beim Schweißen einen Gitterbund halten mußte und wegen dem glühenden Zunder auf die Hand einmal nachließ, hat es gleich Fußtritte gesetzt. Einmal mußten wir zu zweit ein schwerbeladenes Wagerl auf den Mönchsberg ziehen. Weil wir nicht weitergekommen sind, hat uns derselbe Geselle an den Haaren durch die Gegend gezogen."

Sind diese Zustände nicht an die Öffentlichkeit gekommen?

"Ich habe mich nichts sagen getraut. Aber der Milchfahrer hat alles mitgekriegt und meinen Vater verständigt. Nach sieben Wochen bin ich von dieser Lehrstelle wieder weggegangen."

War es nicht schwer, eine neue Lehrstelle zu finden und waren damals nicht - genauso wie heute - viele Jugendliche gezwungen, nach der Schule als Hilfsarbeiter zu arbeiten?

"Natürlich war das bei vielen der Fall, besonders, wenn mehrere Kinder da waren." (Die Zahl der in Österreich registrierten Arbeitslosen betrug im Jahresdurchschnitt 1921 32.000, 1926 lag sie schon über 200.000). "Ich wurde bei der zweiten Lehrstelle, einer kleinen Bau- und Kunstschlosserei, nur genommen, nachdem mein Vater ein Lehrgeld von 300.-- Schilling im voraus bezahlt hatte. Soviel dürfte damals ein Eisenbahnschaffner im Monat verdient haben. Der Meister versprach, das Lehrgeld in Form wöchentlicher Entschädigungen zurückzuzahlen. Aber das war nicht der Fall: Anfangs habe ich in der Woche etwa 2,50 Schilling bekommen. Ich hätte die Lehre nie machen können, wenn ich nicht daheim hätte wohnen können und mein Vater entsprechend beigesteuert hätte."

Wie oft bist du in die Berufsschule gegangen und was habt ihr dort gemacht?

"In der zweiten Werkstätte waren wir drei Lehrbuben, der Meister und sein Sohn. In die Berufsschule, damals war das die Gewerbeschule am Rudolfskai, bin ich zwei Halbtage pro Woche gegangen, die andere Hälfte dieser Tage mußten wir arbeiten. Wenn viel Arbeit war, mußten wir Samstag nachmittags und sogar Sonntag vormittags schuften; es kam auch vor, daß wir nicht in die Berufsschule gehen durften. Das war bei mehreren Betrieben so. Wir haben oft 55 bis 60 Stunden in der Woche arbeiten müssen. In der Berufsschule richtete man sich nach der jeweiligen Berufssparte. Für mich hieß das: Gitter zeichnen und ähnliche Sachen."



Hat man euch einen Einblick in die verschiedenen Produktionssparten vermittelt?

"Nein, das kann man wirklich nicht sagen. Wir waren zwar ab dem zweiten Lehrjahr vollwertige Arbeitskräfte in unserem speziellen Fach, für den Unternehmer zu einem Spottpreis. Der hat auch alles darangesetzt, daß mein Gesellenstück nicht hinhaut, weil er mich weiter billig ausnützen wollte. Ich habe mein Gesellenstück, ein Heiztürl, privat fertigmachen müssen. Wie ich dem Meister dann gesagt habe, daß ich freigesprochen war, ist er richtig zornig geworden. Ich wollte als Geselle im selben Betrieb weitermachen, aber nach einem Vierteljahr bin ich auf der Straße gestanden. Dann war ich eine zeitlang arbeitslos, später habe ich vom Straßenbau bis zum Hotel-Piccolo alles Mögliche gemacht."

Noch eine Frage zur Lehrzeit: Wie habt ihr euch zur Wehr gesetzt und was für eine Rolle hat die Gewerkschaft gespielt?

"Der Meister hat natürlich von vorneherein probiert, uns möglichst einzuschüchtern. Er hat gedroht, wir müßten kaputte Werkzeuge aus eigener Tasche ersetzen. Organisierten Widerstand hat es keinen gegeben. Wenn Schlüssel nicht richtig geworden sind, haben wir sie heimlich weggeworfen. Einmal haben wir dem Meister die Pfeife mit Wachs ausgeschmiert. Er hat gespuckt und geflucht, aber niemand hat etwas verraten. Offener Widerstand aber war schwer in einem so kleinen Betrieb. Von der Gewerkschaft haben wir während der Lehrzeit nichts gehört."

Der gewerkschaftliche Kampf aber war und ist notwendig, um den Ausbeutern organisiert entgegentreten zu können und ihnen die Verfügung über die Ausbildung zu entreißen.

R.

Forts. von S. 13

durchgesetzt. Eine weitere Mitgliederversammlung wurde fixiert, um die Ergebnisse der Kommission vorzulegen. Auch die Verhandlungsschwerpunkte und Maßnahmen für den Fall eines Verhandlungsabbruches sollten dort beschlossen werden.

DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG WIEGELT AB

Bei der letzten Kommissionssitzung legte die Sektionsleitung die Sozialpartnerschaft-Karten auf den Tisch. Der Sektionsleiter-Stellvertreter erklärte die Grundlage "Gewerkschaftlicher Erfolge": Eine Mitgliederversammlung schwäche vor Beginn der KV-Verhandlungen die Position der Verhandlungsdelegation, die Mitglieder wären überfordert und die Gewerkschaft lasse sich von den Mitgliedern zu nichts zwingen. Nur die Verhandlungsdelegation dürfe das Programm ändern, nachgeben oder Forderungen streichen, Mitgliederversammlungen würden erst bei Abbruch der Verhandlungen als "Feuerwehr" gebraucht. Außerdem seien zur Information der Mitglieder Zwiegespräche "nach werbepsychologischen Erkenntnissen" viel besser als Versammlungen. So hätte es die Sektionsleitung beschlossen und man würde keine Ausnahme machen. Die Argumente der Arbeitsgruppe fand er keiner Beantwortung würdig. Die Arbeitsgruppe protestierte gegen die Entscheidung der Sektionsleitung, keine weitere Mitgliederversammlung abzuhalten, da sich diese damit über grundsätzliche demokratische Verpflichtungen hinwegsetzt. Es wurde festgelegt, daß die Delegation mit den von der Kommission beschlossenen Forderungen die Verhandlungen aufnimmt, daß das Forderungsprogramm an alle Mitglieder ausgesandt wird und daß alle Angestellten in den Zivilingenieurbüros vom Ausgang der Verhandlungen umgehend informiert werden.

H.R., "Arbeitsgruppe Werktätige in Planung und Technik", aus: "Klassenkampf", Wien, gekürzt.

Auch die Bourgeoisie hat ihre Frühinvalidität

Heutzutage erreicht nur jeder zweite Arbeiter das Rentenalter. Die anderen müssen wegen des vorzeitigen Verschleisses ihrer Arbeitskraft früher auf Rente gehen. Frühinvalidität gibt es auch in den Reihen der Bourgeoisie, allerdings aus ganz anderen Gründen. Der "Hamburger Morgenpost" vom 19.7.1975 konnte man entnehmen, daß in Detroit ein leitender Angestellter des Fordkonzerns frühzeitig ausscheiden muß. Seine Begründung: "Ich habe für die Firma an so viel Empfängen und Cocktail-Partys teilgenommen, daß ich durch das Trinken dort Alkoholiker geworden bin und einen Leberschaden bekommen habe." Nicht nur die Gründe für die Frühinvalidität sind andere, sondern auch die Folgen. Während die Arbeiter, die ihre Arbeitskraft frühzeitig verschlissen haben und hierbei für die Kapitalisten den Reichtum geschaffen haben, dann mit Invalidenrente auskommen müssen, die kaum über dem Sozialhilfesatz liegen, verklagt der Manager, der invalide wegen übermäßigem Müßiggang geworden ist, seine Firma auf Schadensersatz in Höhe von 3 Millionen Mark.

Karlstein/ Thaya

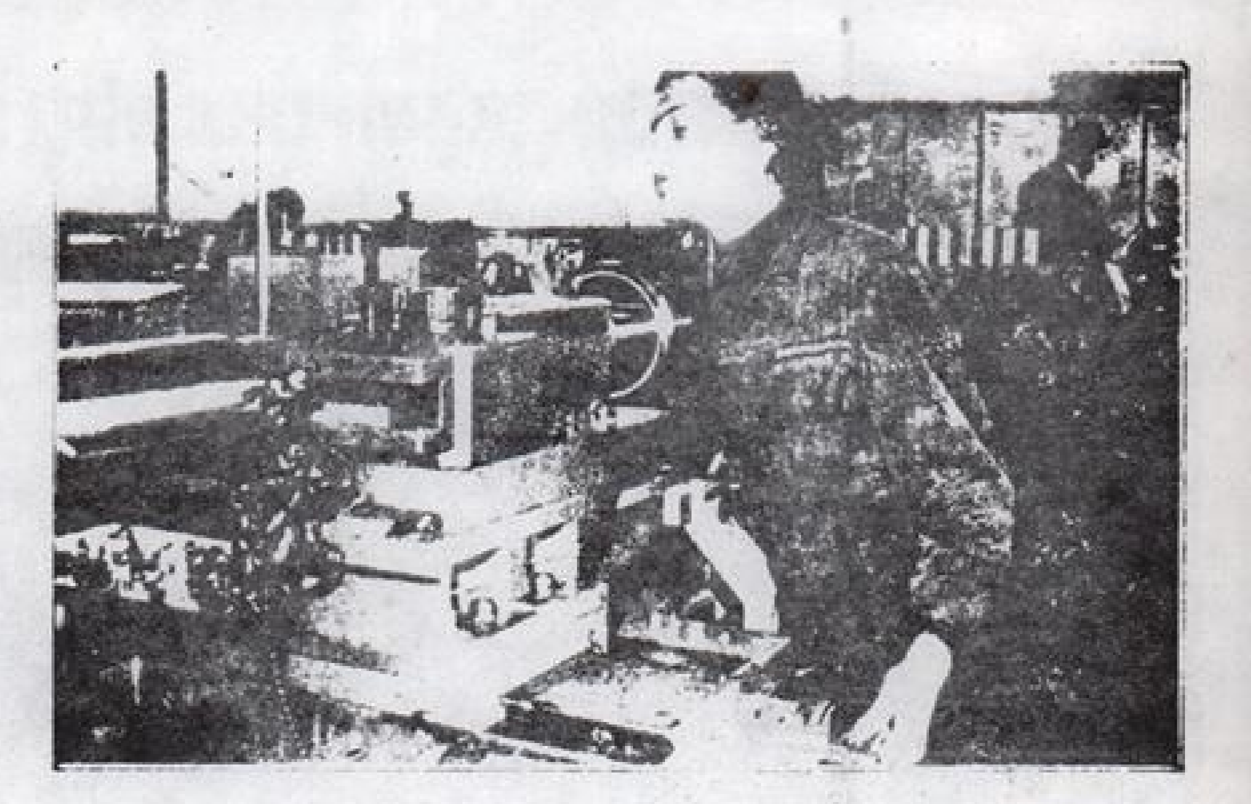
So sorgt man sich um die Uhrmacherlehrlinge

Wie es um die Ausbildung und Unterbringung der Lehrlinge bestellt ist, wenn diese unter der Verfügung der Kapitalisten und ihrer Verbände steht, zeigt deutlich das Beispiel der Uhrmacherlehrlinge.

Zwei Monate im Jahr müssen sie in der Bundesberufsschule in Karlstein an der Thaya (NÖ) verbringen, an die auch ein Internat angeschlossen ist. Die Internatskosten betragen 1300.-- Schilling im Monat, also die volle Lehrlingsentschädigung. Für diesen Betrag leistet sich die Internatsverwaltung ungeheure Frechheiten: Zum Frühstück gibt es nicht selten ranzige, völlig ungenießbare Butter. Das Mittagessen ist zwar im allgemeinen nicht schlecht, dafür muß man mächtig "geiern", um genug zu bekommen. Dieses Glück trifft aber immer nur einzelne, damit alle satt werden, reicht es nie. Das Abendessen besteht meist aus Tee und Brot sowie ein paar Scheiben schlechter Wurst.

Nach Auffassung der Internatsleitung bleibt den Lehrlingen, denen sie ihr ganzes Geld schon abgenommen hat, immer noch genug, um sich in den Ortsgeschäften ausreichend zu verpflegen. Damit die Lehrlinge vor Zorn über diese Zustände keinen zu heißen Kopf bekommen, gibt es nur an zwei Tagen in der Woche warmes Wasser. Und viele Lehrlinge bekommen von den ungewaschenen Decken bei jedem Kurs einen Ausschlag.

Auch die Ausstattung der Schule ist ein Musterbeispiel dafür, wie sehr man sich um die gute Ausbildung der Lehrlinge sorgt: Man steckt sie in Klassen zu je vierzig Schülern zusammen und die Lehrwerkstätte könnte vielleicht für Schlosser ganz brauchbar sein, vom Uhrmacherhandwerk lernt man da nicht viel. Die Verantwortlichen von Schule und Internat aber glauben offensichtlich, daß diese Zustände die besten sind und erhalten werden müssen. Denn statt sich um die Belange der Lehrlinge zu kümmern, bleibt ihnen noch genug



Zeit, um sich in den bürgerlichen Parteien zu betätigen: Der Schuldirektor ist zugleich Bürgermeister und wichtiger Funktionär des örtlichen Fremdenverkehrsvereins. Der Internatsleiter, der auch Lehrer an der Schule ist, bekleidet den Posten des Vizebürgermeisters; hinter dem Internat steht der von der Innung getragene Verein zur Förderung des Uhrmachergewerbes.

Wie "gefördert" wird, wenn Kapitalistenverbände und Staat die Ausbildung bestimmen, kann man an diesem Beispiel sehen. Doch nicht nur für die Uhrmacher, für alle in Ausbildung stehenden muß die Forderung nach VERSORGUNG ALLER SCHÜLER MIT NAHRUNG, KLEIDUNG UND LERNMITTELN AUF STAATSKOSTEN durchgesetzt werden. Eine Voraussetzung dafür ist allerdings, daß das Volk den Kapitalisten und ihrem Staat die Verfügung über die Ausbildung entreißt und sie selbst unter Kontrolle nimmt.

P.(Wien)/nms.

Wichtige Dinge

"Ich weiß, wo der Besen steht, wie oft und wo ich fegen
muß, wann Zeit ist, Bier und Milch zu holen,
wer Zucker in den Kaffee nimmt, wer nicht,
was der Chef für Zigaretten raucht.
Dies alles und noch viel mehr, solch unerhört wichtige
Dinge hab' ich gründlich gelernt -
ich,
der Lehrling in der Firma .... & Co.

K.K.

Leserbrief:

HEISSE WARE...

Ich studiere hier in Salzburg und habe in den Ferien in der BRD gearbeitet, weil ich ja mit meinem lächerlichen Stipendium unmöglich das nachste Studienjahr auskommen kann. Als ich wieder einmal mit einem Kollegen zur Arbeit rüberfuhr, wurden wir beim Deutschen Zollamt aufgehalten - Routinekontrolle.

In meiner Tasche sah der Zöllner ein Exemplar der KOMMUNISTISCHEN ARBEITERZEITUNG, die ich tags zuvor in Salzburg gekauft hatte. Er nahm sie an sich und liess uns rechts ranfahren. Während er in der Fahndungsliste blätterte - bei Leuten, die sowas mitführen, kann man ja nie wissen - wollte ein anderer Beamter von uns wissen, ob wir noch mehr Propagandamaterial" mitführten, woher wir das denn hätten.

"Kennen Sie die Kreise, die da mitarbeiten?", fragte er uns. Als er sah, dass das nichts fruchtete, ging er mit unseren Pässen ins Zollgebäude und schrieb sich meine vollständigen Daten und die meiner Kollegen (wahrscheinlich Sippenhaftung) fein säuberlich auf einen Zettel. Dazu schrieb er den Namen und die Nummer der Zeitung und das ganze Impressum. Ich protestierte dagegen und fragte ihn, ob denn der Besitz kommunistischer Zeitungen verboten sei. Er murmelte irgendetwas von "Nein", man merkte ihm aber sein Bedauern an. Auf meine Frage, warum er unsere Personaldaten aufschreibe, antwortete er: "Nur so, zum Interesse." Nach einer halben Stunde durften wir endlich weiterfahren.

Was das Gerede von der "Meinungsfreiheit" auf sich hat, das sehe ich jetzt klarer. Und die Schikanen und die Einschüchterung, mit der der Staatsapparat die Verbreitung von kommunistischen Anschauungen behindern will, habe ich am eigenen Leib gespürt!

P.S. Der Beamte wollte die Zeitung anscheinend als Corpus delicti zu unseren Personaldaten dazulegen und fragte mich, ob er sie behalten könne. Ich habe ihm daraufhin gesagt, er solle sich selbst eine kaufen, in Salzburg wird sie jeden Monat verkauft.

N. N.
(Name und Anschrift der Red. bekannt)

BRD: Demonstration gegen das Abtreibungsverbot



Ende September wurde im Parlament der BRD die Neufassung des § 218, des Abtreibungsparagraphen, beraten. 25.000 Menschen aus dem ganzen Land waren daher am 21. September nach Bonn gekommen, um für der ersatzlose Streichung dieses Unterdrückungsparagraphen zu demonstrieren.

Diese Demonstration war vorbereitet worden durch örtliche Demonstrationen und Kundgebungen, auf denen Werktätige, Frauen, Schüler und Studenten für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung eintraten. Es bildeten sich in mehr als 160 Städten und Orten "Komitees für die Abschaffung des § 218", die eine breite Aufklärungs- und Organisierungstätigkeit im Volk entfalteten. Eine gemeinsame Unterschriftenaktion aller Komitees ergab binnen weniger Monate 500.000 Unterschriften für die Streichung des Abtreibungsparagraphen.

Unmittelbarer Anlaß für das rasche Anwachsen dieser Bewegung ist eine Entscheidung des westdeutschen Bundesverfassungsgerichts vom Februar 1975. Eine Gesetzesänderung in Richtung "Fristenlösung" wurde mit dem Hinweis auf das Grundgesetz aufgehoben. Die "Pflicht des Staates sei, sich schützend und fördernd vor das werdende Leben zu stellen", und diese "Pflicht bestehe auch gegenüber der Mutter" - abtreiben dürfe man daher nur, "wenn Gefahr für das Leben der Mutter bestehe". Dieses heuchlerische Urteil stieß auf Empörung und heftigen Widerstand unter den Volksmassen.

Gleichzeitig packte die Staatsgewalt immer härter gegen Gegner des § 218 zu. Öffentliche Diskussionen der Komitees wurden an manchen Orten unterbunden. Komiteemitglieder wurden verhaftet, ihre Wohnungen durchsucht, u.a. auch die Praxis eines Arztes, der gegen den § 218 unterschrieben hatte.

Der Widerstand soll erstickt werden. Es wird der Staatsgewalt aber nicht gelingen. Die Demonstration hat bewiesen, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Bewegung gegen den Abtreibungsparagraphen erstarkt und sich immer mehr ausweitet.

J.St./Red.

IN MEHREREN STÄDTEN ÖSTERREICHS:

Demonstrationen gegen das Franco-Regime

SALZBURG - Am 2.Oktober fand eine Demonstration statt, an der sich 250 bis 300 Menschen beteiligten, und die von mehreren Organisationen unterstützt wurde. Die KPÖ und ihre Unterorganisationen hatten eine 'Aktionseinheit' mit dem VSStÖ geschlossen, ohne andere Organisationen wie z.B. den Kommunistischen Bund auch nur zu informieren. Dadurch litt zweifellos die Mobilisierung zu dieser Protestaktion, beispielsweise blieben uns nur 10 Stunden Zeit dafür.
Unter den Transparenten und Rufparolen waren viele, die den konsequenten Kampf des spanischen Volkes bis zum vollständigen Sturz der Ausbeuter- und Unterdrückerklasse beinhalteten. Selbst der KP-Lautsprecherwagen sah sich gezwungen, eine Parole wie "Nieder mit Franco - das Volk an die Macht!" zu übernehmen.

WIEN - Die Demonstration von 7 bis 8.000 Menschen und nachfolgende Belagerung des staatlichen spanischen Iberia-Luftfahrtbüros durch ca.1500 hat in der bürgerlichen Presse einen Tag vor den Wahlen als 'Straßenschlacht' die Titelseiten gefüllt. Aufgerufen hatten Gewerkschaftsvertreter, Sozialdemokraten, KPÖ-Vertreter, konfessionelle Gruppen und andere politische Organisationen, darunter auch der KB Wien.
Von der Fortführung der Demonstration gegen das Iberia-Büro distanzierten sich u.a. die Führungen von SPÖ und KPÖ, obwohl Demonstranten aus allen Lagern die Aktion gegen eine Repräsentanz-Stelle Franco-Spaniens in Österreich für berechtigt hielten und sich z.T. auch selber beteiligten. Zu Auseinandersetzungen mit der das Büro abschirmenden Polizei kam es, als diese ohne Vorwarnung mit Knüppeln losstürmten, um die Ansammlung gewaltsam zu zerstreuen.

Der Aufruf der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr zum Boykott spanischer Ein- und Ausfuhren war besonders am Wiener Flughafen von Bedeutung.

INNSBRUCK - Auf Initiative des KB Tirol wurde eine Aktionseinheit geschaffen, an der sich anfangs u.a. auch die SJ beteiligte, bis sie vom Parteivorstand zurückgepfiffen wurde.
Bei derDemonstration am 9.Oktober waren 150 - 200 Teilnehmer, bei der abschließenden Kundgebung ca.250.

GRAZ - In der Woche nach der Wiener Demonstration wurde vom Straßen- und Brückenbauamt derEinsatz von Megafon und Lautsprecher untersagt. Daraufhin gingen ungefähr 20 Leute mit Sandwich-Tafeln umgehängt den Nachmittag überdurch die Grazer Innenstadt und organisierten die geplante Kundgebung ab 17 Uhr am Hauptplatz vor ungefähr 100 Zuhörern und vor ungewöhnlich starkem Polizeiaufgebot.
An der Aktion hatten sich der KB Graz und Studentenorganisationen beteiligt, der KJÖ wurde von ihrer KPÖ-Landesleitung eine Teilnahme verboten.

LINZ - Am 7.Oktober fand eine Demonstration statt.

Spanien:
39 Jahre Kampf gegen Franco's Terror-Regime

Das Franco-Regime ist in der Arbeiterklasse verhaßt. Die spanische Arbeiterklasse und das spanische Volk konnten von Franco und der putschenden Armee nur niedergerungen werden mit Hilfe deutscher und italienischer Interventionstruppen. Und die vereinigten faschistischen Heere brauchten dazu drei Jahre, von 1936 bis 1939. Der Sieg, den sie errangen, war keineswegs vollständig: Bis heute sieht sich dieses Regime gezwungen, seine Todfeinde, die arbeitenden Klassen Spaniens, unter Belagerungszustand zu halten — als billiges Material zur Ausbeutung durch internationale Konzerne, einheimische Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer.

Seit 39 Jahren hält das faschistische Regime in Spanien das Volk völlig rechtlos, unterdrückt es mit blutigem Terror, Schätzungen zufolge sind seit 1940 300.000 bis 400.000 spanische Antifaschisten ermordet worden. Seit Jahrzehnten führen die spanische Arbeiterklasse und das Volk einen hartnäckigen Kampf gegen den faschistischen Terror und für ihre elementaren Rechte. Diesen gerechten Kampf deklariert das Regime unter Führung Francos, der sich selbst als "Caudillo von Gottes Gnaden"bezeichnet als "Rebellion und Terror." Das mag er tun, dadurch werden seine blutigen Gewalttätigkeiten nicht gerecht und die weitere Entfesselung des Terrors wird seinen Sturz eher beschleunigen.

DIE LAGE DES VOLKES UNTER DEM FASCHISTISCHEN REGIME

Seit dem Sieg der faschistischen Putschisten im März 1939 lebten bis in die 50er Jahre hinein mehr als 50% der Bevölkerung unter elenden Bedingungen auf dem Land, im Süden Spaniens als Tagelöhner und Saisonarbeiter, im Norden auf kleinen Parzellen, die zu klein zum Leben und zu groß zum Sterben waren. Elektrifizierung, Wasserversorgung, ärztliche Versorgung, Schulausbildung fehlten fast gänzlich.

Zahlen aus dem Jahr 1962, die sich nicht grundlegend geändert haben, vor allem was die Latifundien betrifft, zeigen folgende äusserst ungleiche Struktur der Besitzverhältnisse: 0,86 verfügen über 53,5% des landwirtschaftlichen Bodens, ihr Durchschnittsbesitz beträgt ca. 45o ha, manche Großgrundbesitze (Latinfundien) sind über 1 000 bis zu 10 000 ha groß. Dagegen verfügen 52,23% nur über 4,23% der Anbaufläche, der Durchschnittsbesitz bei ihnen liegt bei einem halben Hektar.
Die ständige Verschlechterung der Lage der Landbevölkerung trieb Hunderttausende von Landarbeiterfamilien und Parzellenbauern in die Industriezentren Spaniens (Madrid,Barcelona, Bilbao) und ins Ausland. Innerhalb von 10 Jahren , von 1960 bis 1970 haben 2,4 Millionen Menschen das Land verlassen.
Im gleichen Zeitraum ist Madrid um 1,2 Millionen, Barcelona un 1 Million, Bilbao um 290 000, Valencia um 336 000 Einwohner gewachsen. Ganze Landstriche in Kastilien, Extremadura und Andalusien sind entvölkert oder in den Dörfern sind nur Alte und Kinder zu sehen.
In den Städten gibt es nicht ausreichend Arbeit für die vom Land andrängenden Massen und erst recht keinen ausreichenden Wohnraum. Die Familien werden bei horrenden Mieten in enge Mietsilos genreßt oder hausen in Holz- und Blechbarracken (chabolas) in den Randzonen.

Der Druck der industriellen Reservearmee vom Land machte es den Kapitalisten und ihrem Regime leicht, die Löhne extrem niedrig zu halten. Die Notlage trieb ein Heer von spanischen Arbeitern und Arbeiterinnen, im Ausland einen Käufer für ihre Arbeitskraft zu suchen. Rund 2 Millionen arbeiten im Ausland.
Die weltweite Wirtschaftskrise lastet auch in Spanien auf der werktätigen Bevölkerung. Über eine halbe Million ist arbeitslos, die versteckte Arbeitslosigkeit durch die Saisonarbeit auf dem Land und in der Touristikindustrie und die 2 Millionen Emigranten nicht gerechnet. Nach Schätzungen werden es Ende des Jahres 1 Million sein.
Die Krise wird auf allen Ebenen verstärkt zu politischen Entlassungen ausgenutzt. Die Fabrikherrn haben lange "schwarze Listen".
In den Universitäten von Barcelona wurden im August über 600 wissenschaftliche Hilfskräfte gefeuert. Nach dem wochenlangen Streik des im staatlichen Gesundheitsdienst beschäftigten Pflegepersonals und der Ärzte wurden 1500 Ärzte entlassen. Krankenhäuser wurden geschlossen oder militärisiert.

DIE POLITISCHE BEDEUTUNG DER STREIKS

Im Frühjahr 1951 kam es in Katalonien zu den ersten Streiks und Massendemonstrationen gegen die Teuerung des Lebens.
Im März 1951 kämpfte die Bevölkerung Barcelonas in Straßendemonstrationen und mit einem 12 Tage währenden Boykott gegen die Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr. Im April 1951 streikten im Baskenland



Jahrzehntelang sicherte das Terrorregime Franco's den internationalen Konzernen, einheimischen Reichen und Großgrundbesitzern ein ideales Ausbeutungsparadies. Ebenso lang führt das spanische Volk einen erbitterten Kampf gegen Faschismus und soziales Elend. Die Entscheidung rückt täglich näher.
Im Bild: Armenviertel vor Madrid

200 000 Arbeiter gegen die Teuerung. Im Mai 1951 kam es in Madrid zum sogenannten"Weißen Streik": Boykott der öffentlichen Transportmittel, der Bars und Kinos. Immer wieder fanden vereinzelte Streiks in den darauffolgenden Jahren statt, größere Bedeutung erlangte der Streik auf den Werften Euskalduna de Bilbao im Jahr 1953.
Die massive Auflehnung in den großen Städten Spaniens bleibt ohne olitische Führung. Die Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse waren vom Regime systematisch zerschlagen worden.
Einen neuen, schlagkräftigen Aufschwung nehmen die Streikkämpfe im Jahr 1962. Beginnend im Baskenland, Valencia, Barcelona, Madrid werden Streikkämpfe im ganzen Land geführt, zeitweise standen über 400 000 Arbeiter gleich[illegible] im Streik, in den Kohlenmi[illegible] von Asturien und in [illegible]inigen Fabriken streikten die [illegible]rbeiter mehrere Monate lang.

Ausgehend von Forder[illegible]ngen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen erhielten die Streiks sehr schnell politischen Charakter:

1. Das Regime legt die Löhne zentral fest; über seine Kontrollinstanz, die Zwangsgewerkschaften CNS, sollen die Arbeiter in Schach gehalten werden. Der Gegner ist in der Lohnfrage also nicht der einzelne Kapitalist, sondern das Regime.
2. Streiks waren "militärische Rebellion". Mit dem Einsatz des Kampfmittels

Streik und der Behauptung der zwar aufgehobenen, zur Organisierung aber unabdingbar notwendigen Rechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit kämpfte die Arbeiterklasse nicht nur gegen die sie ausbeutenden Kapitalisten, sondern gleichzeitig gegen das sie knebelnde faschistische Regime. Auf diese Herausforderung antwortete das Regime jedesmal mit brutaler und bewaffneter Gewalt. Mit den breiten Streikkämpfen, in denen immer massiver Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit gefordert werden, und mit dem Aufbau gewerkschaftlicher Klassenorganisationen, den Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras, CC.OO.) konnte die Arbeiterklasse bereits bedeutende Erfolge erringen.

Diese Comisiones Obreras sind im Laufe der langjährigen Kämpfe zur festen Organisationsform zur Führung des gewerkschaftlichen Kampfes geworden.
Der Versuch der KPS (Kommunistische Partei Spaniens) sie für ihre Politik der "Nationalen Versöhnung" und des "Nationalen Generalstreiks" zu vereinnahmen mit dem Ziel, nach dem Sturz des Regimes die parlamentarische Demokratie, in ihrer Terminologie die "politische und soziale" bzw. "antimonopolistische und antilatifundistische Demokratie" zu errichten und den Kampf der Klasse dieser Politik unterzuordnen, wird von Teilen der Arbeiterklasse zurückgewiesen. Klares Beispiel für diese Politik ist das Verhalten der KPS gegenüber dem Generalstreik am 11. Dezember 1974 im Baskenland, an dem sich 200 000 beteiligten, den sie ausdrücklich nicht unterstützte und, wo es ging, behinderte. Mit der Entwicklung der Klassenkämpfe hat der Meinungskampf um die revolutionäre Linie an Schärfe zugenommen. Junge revolutionäre Organisationen führen den Meinungskampf in den Arbeiterkommissionen und dort, wo er konsequent geführt wird, ist der politische Einfluß der KPS zurückgedrängt oder gleich Null, so im Baskenland und in Navarra.



Trotz brutalster Unterdrückung finden immer wieder Demonstrationen der Bevölkerung statt.

DAS VOLK AUF DEM LANDE UND IN DEN STÄDTEN SCHLIESST SICH DEN KÄMPFEN DER ARBEITERKLASSE AN

Der Kampf gegen das faschistische Regime für die elementaren Rechte des Volkes und für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen blieb nicht auf die Arbeiter in den Fabriken beschränkt. Breite Kämpfe entfalteten sich auf dem Land in den 60er Jahren, in denen die Landarbeiter die Erntearbeiten bestreikten, so vor allem in den andalusischen Provinzen, oder die kleineren und mittleren Bauern zu massiven Protestaktionen, Traktordemonstrationen, Straßenbarrikaden, Molkereiboykott, im Kampf gegen die fortschreitende Verelendung übergingen.
Die Bevölkerung in den großen Industriestädten, die besonders hart von der Teuerung betroffen ist - in Madrid und Barcelona benötigt eine vierköpfige Familie das Dreifache des staatlich festgelegten Mindestlohnes - hat zusammen mit den landwirtschaftlichen Produzenten Boykotts gegen den wucherischen kapitalistischen Zwischenhandel organisiert, indem die Produzenten direkt an die Verbraucher verkauften.
In den staatlichen Behörden beginnen die Kämpfe. Selbst unter den Ministerialbeamten wurden im vergangenen Herbst mehr als 500 Unterschriften für die Durchsetzung demokratischer Freiheiten gesammelt; im Februar dieses Jahres griffen die Angestellten der Ministerien zum Kampfmittel des Streiks zur Durchsetzung höher Löhne.
Das im staatlichen Gesundheitsdienst angestellte Pflegepersonal und die Ärzte führten über mehrere Wochen einen harten Streikkampf für bessere Arbeitsbedingungen (bis zu 90 Stunden in der Woche müssen gearbeitet werden) und für höhere Löhne.
In den Stadtteilen schließen sich die Bewohner in Stadtteilkomitees zusammen, um den Kampf gegen die unerträglichen Wohnbedingungen, gegen das Fehlen sozialer Einrichtungen (Kindergärten, Versammlungsräume) und gegen die katastrophale Ausbildungssituation ihrer Kinder zu führen.

DIE VERÄNDERUNGEN SEIT DREI JAHREN: BREITE BASIS IM VOLK FÜR DEN KAMPF GEGEN DAS UNTERDRÜCKERREGIME

Seit 1972, seit dem Generalstreik in El Ferrol im März 1972 und dem Generalstreik in Vigo im September 1972, erfahren die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes eine neue Qualität. Schon immer konnten die Streiks der Arbeiter auf die breite Solidarität und die materielle Unterstützung durch die Bevölkerung zählen. In El Ferrol, wo der Kampf von der Werft El Bazan ausging, und in Vigo, wo die Citroen-Arbeiter den Streik begonnen hatten, unterstützten die Arbeiter der anderen Fabriken und die Bevölkerung den Streik aktiv. Alle Fabriken am Ort wurden bestreikt, Geschäfte und Gaststätten schlossen, Massendemonstrationen wurden organisiert, Barrikaden errichtet. Der ursprüngliche Kampf gegen einen einzelnen Kapitalisten entwickelte sich zum breiten Kampf gegen das Unterdrückerregime. Ebenso war es, um nur einige Beispiele zu nennen, zu Jahresbeginn 1974 in Pamplona, wo der Kampf von den Arbeitern der "Super-Ser" ausging und sehr bald die ganze Stadt im Kampf stand und im Januar 1975 ebenfalls in Pamplona beim Streik der Bergarbeiter des Kaliwerks "Potasas".

Die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes in Spanien für ihre elementaren Rechte, die das Regime ihnen mit blutigem Terror weiterhin vorzuenthalten versuchte, haben das faschistische Regime mehr und mehr zerrieben. Seine Auftraggeber haben begonnen, nach Ersatz zu suchen. Seine sozialen Stützen sind tief gespalten. Zum Beispiel setzt sich der niedere Klerus der katholischen Kirche für die Rechte des Volkes ein, die Spitzen der katholischen Hierarchie versuchen, mit Franco nicht zu eng in Berührung zu kommen; die Karlisten, und selbst das Offiziers-Korps ist gespalten.
Die spanische Bischofskonferenz, das Sprachrohr der Hierarchie der katholischen Kirche in Spanien, fordert mehrheitlich die Einführung demokratischer Rechte, Amnestie für politische Gefangene, die Trennung von Staat und Kirche. Die Karlistische Partei, ehemals Verfechter einer absolutistischen Monarchie, hat sich ein bürgerlich-demokratisches Programm gegeben.
In den Streitkräften werden die Widersprüche, jahrelang totgeschwiegen, jetzt öffentlich manifest. Die "Demokratische Militärunion", die mehrere hundert Mitglieder in den mittleren Offizierskadern hat, hat im vergangenen August ihre demokratische Plattform veröffentlicht.
Man sieht: Das Franco-Regime ist nicht viel mehr als eine Clique. Ihre Beseitigung steht auf der Tagesordnung. Der Kampf der Massen, der anläßlich der Vollstreckung der Todesurteile einen weiteren Aufschwung nimmt, wird dieses Ziel erreichen.

(K.S.)

nach KVZ, 2.10.1975

Mörderkumpanei

Am Tag der Bestätigung der Todesurteile gegen fünf spanische Revolutionäre ließ Franco durch seinen Generalstabschef Villascusa den Bluthund Pinochet mit dem in "Friedenszeiten" höchsten spanischen Orden, dem großen militärischen Verdienstkreuz, ehren. Pinochet dankte, indem er Franco in einem am 2. Oktober veröffentlichten Brief seine "absolute Solidarität" im Kampf gegen die "infame internationale Kampagne" zusicherte.

Von der übrigen Welt isoliert und von den Völkern der Welt bekämpft, suchen die Mörder Pinochet und Franco Stärkung durch gegenseitige Unterstützung und Ehrung. (KVZ)

PORTUGALS REGIERUNG ACEVEDO GEGEN DIE ERRUNGENSCHAFTEN DES VOLKES

Rebellion der Soldaten

DEn bürgerlichen Kräften in Portugal ist es gelungen mit der Regierung Acevedo eine Mannschaft zusammenzustellen, die ihr Wohlgefallen findet. Diese Änderung begrüßen acuh die USA und die EWG und honorieren diesen "Fortschritt", indem die Neunergemeinschaft eine Finanzhilfe von 3,2 Milliarden Mark nach Portugal fließen lassen will. ZUsätzlich erklärten sich einzelne Länder bereit, auf eigenen Faust Kredite zu geben.

Das Kabinett Acevedo sollte die öffentliche Ordnung, die Ruhe und die Disziplin in Portugal weiderher stellen. Wie überall, wo die herrschende Klasse von Ruhe und Ordnung spricht geht es dabei gegen die Arbeiterklasse und das Volk . Ihre Errungenschaften sollen ihnen wieder abgenommen und ihrem weiteren Voranschreiten zum Sozialismus entgegengetreten werden. Die Massenmedien, die die Arbeiter besetzt haben, sollen wieder an ihre ursprünglichen Eigentümer zurückerstattet werden; von Organen, indenen die Arbeiterklasse zu Wort kommt, sollen sie wieder zu Sprachrohren der Geldsäcke werden. Die Arbeiterkommissionen der Betreibe fordern gegen die faschistischen Banden die Volksbewaffnung. Dagegen droht die Regierung die Auflösung aller Volksmilizen und ihre Bestrafung an. DAs Volk fordert die Enteigung des ausländischen Monopolkapitals ohne Entschädigung. Das Regierungsprogramm spricht nur von Kontrolle der ausländischen Firmen, was auf ihre Unterstützung hinauslaufen wird. Die Arbeiter und Bauern organisieren sich in Organen des uneingeschränkten Volkswillens. Das Regierungsprogramm verliert darüber kein Wort, sondern spricht nur von der Wiederherstellung der Autorität der Regierung. Gelingt es dem Volk weiter, die Einheit zwischen Arbeitern, Bauern und Soldaten zusammenzuschweißen für die Revolution, dann ist das Programm der jetzigen Regierung zum Scheitern verurteilt. Ist die politische Einheit die Voraussetzung für das Zustandekommen der Organe der uneingeschränkten Volksherrschaft, so wird deren Bewaffnung immer deutlicher zu einer Kernfrage der Behauptung ihrer Macht gegenüber den Militärmachthabern. Das macht den Fortschritt der revolutionären Bewegung in der Armee zu einer der wichtigsten Bedingungen für den Sieg der portugiesischen Revolution.

Und unter den Soldaten gärt es zusehends.

Schon seit Mai beklagen bürgerliche Offiziere die wachsende Selbständigkeit der Soldaten und fordern die Wiederherstellung der Disziplin. Die Armee soll wieder zu einem verläßlichen Instrument der bürgerlichen Herrschaft gemacht werden, meinen sie. Daß sich einzelne Einheiten mit streikenden Arbeitern oder Arbeitern, die einen Betreib besetzt haben, solidarisieren, soll in Zukunft unterbunden werden.

SOLDATEN VERWEIGERN EINSCHIFFUNG NACH ANGOLA

Entzündet hat sich der Aufschwung der revolutionären Bewegung unter den Soldaten zuerst an der Kolonialfrage in der sich schon lange der Gegensatz zwischen Volk und bürgerlicher Herrschaft vertieft hat und die Klassenstandpunkte einander am klarsten gegenüberstehen. Nachdem die portugiesische Regierung die von den imperialistischen Großmächten geschürten Differenzen zwischen den Befreiungsbewegungen in Angola zur Wiedereinführung des Kolonialstatus ausgenutz hatte, wollte sie auch die Truppenreduzierung von 67 000 auf 24 000 wider rückgängig machen. Zwei dzu abkommandierte Kompanien des Militärpolizeiregiments haben allerdings den Einsatz verweigert. Auf einer Vollversammlung verabschiedeten sie einstimmig eine Resolution. Als Gründe für ihre Haltung gaben sie unter anderem an: Daß es nicht Aufgabe portugiesisch scher Soldaten sei, für amerikanischen Imperialismus oder russischen Sozialimperialisten inAngola zu kämpfen; " daß auch uns die portugiesichen Militaristen sagen, daß wir nach Angola gehen, um einer bestimmten Befreiungsbewegung zu "helfen", die als Avantgarde des angolanischen Volkes angesehen wird, es dennoch nicht Aufgabe der Portugiesen ist, zu entscheiden, wer Avantgarde des angolanischen Volkes ist und wer nicht, denn das ist eine Frage, die nur vom angolanischen Volk selbst entschieden wird." Sie richteten eine Soldatenkommission ein mit den Aufgaben, die gemeinsame Verweigerung des Angolaeinsatzes zu organisiern, die Ro paganda über den gerechten Kampf der Soldaten in allen Militäreinheiten und andere Maßnahmen durchzuführen.

Als Antwort darauf beschloß der Revolutionsrat eine Informationssperre über die Vorgänge in der Armee zu verhängen, um die revolutionären Soldaten zu isolieren. "Es wurde ein Gesetz angenommen, das den Presseorganen die Verbreitung von Berichten oder Nachrichten über irgendein in militärischen Einheiten oder einrichtungen geschehenes Ereignis untersagt, das verbietet, daß die Presse über individuelle oder kollektive Positionen von Militärs berichtet. (aus dem Kommunique des Revolutionsrates vom 8.9.)"

Aber gerade währen der jüngsten Auseinandersetzungen in den Kasernen wurde dieses Gesetz nicht eingehalten. Über Soldatendemonstrationen und Befehlsverweigerungen von einzelnen Einheiten berichten immer wieder Radiostationen. Als vor kurzem das Militär einen Rundfunksender besetzte gab es in Lissabon eine machtvolle Demonstration von Arbeiter und Wohnviertelräten unter der zentralen Losung: "Das Radio gehört dem volk, nicht dem Kapital!"

DER WIDERSTAND DER SOLDATEN ORGANISIERT SICH

Gegen die Unterdrückung der fortschrittlichen Soldaten mit Hilfe des aus dem Faschismus stammenden Disziplinarstrafregisters hat sich eine revolutionäre Soldatenorganisation SUV (Soldaten vereinigt werden siegen) herausgebildet.
Sie fürte zum erstenmal in Porto eine Demonstration mit 10 000 Teilnehmern durch. Es wurden unter anderem folgende Losungen mitgetragen: Weg mit dem elenden Soldatensold! Reaktionäre raus aus den Kasernen! Soldaten immer, immer ander Seite des Volkes! Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen vereint werden wir siegen!

ZU dieser Demonstration hatten auch alle Fabrik- und Stadtteilkomittees in Porto aufgerufen. Und die Zeitungen, in denen Arbei-



"Soldaten immer auf der Seite des Volkes!" – Soldatendemonstration in Portugal



Soldaten und Arbeiter demonstrieren gemeinsam gegen die bürgerliche Reaktion

terkomissionen den Inhalt bestimmen, brachen geschlossen das neue Ressegesetz und berichteten über die Demonstration.

Die SUV verteilte ein Flugblatt, in dem es unter anderem heißt: "Kämpfen wir für einen höheren Sold, für das Ende der STrafkataloge, kämpfen wir für das Recht, reaktionäre Befehle zu verweigern, kämpfen wir für das Recht auf Versammlungen und Diskussionsfreiheit. Unser Kmpf ist Teil des Großen Marsches für die Volksmacht, für die Macht der Arbeiter. Aber Genossen Soldaten, es gibt welche die das nicht wollen.Es sind das die Lakaien derer, die uns in den Fabriken und auf dem Land ausbeuten. Sie bedrohen die fortschrittlichen Offiziere und Unteroffiziere und werfen die kämpferischsten Soldaten raus. In unserer Militärregion sind schon 30 Genossen in letzter Zeit aus den Kasernen geflogen, deren Schuld darin bestand, hart für ihre Rechte gekämpft zu haben.." Trotz schwarzer Listen und Einkerkerung von Soldaten erstarkt diese Bewegung ständig. Am 26.9. nahmen in Lissabon 100 000 an einer von ihr und den Arbeiterkommissionen einberufenen Demonstration teil. Innnerhalb von vier Wochen seit ihrer Gründung anfang September hat die SUV sich im ganzen Land organisiert und zählt auch schon Angehörige der Marine und der Luftwaffe zu ihren Mitgliedern.

REVOLUTIONÄRE SOLDATEN IN DIE ORGANE DES VOLKSWILLENS

In Lissabon zog der Kampf der Militärpolizei, die den Einsatz nach Angola verweigerte immer wietere Kreise. Am 10. und am 11.9. fanden Plenarsitzungen der Kompanie statt,auf der das wietere Vorgehen diskutiert wurde. Das wichtigste war, daß das gesamte Regiment einschließlich der beiden Chefs die Verweigerung des Einsatzbefehls durch einige Einheiten billigte und ihre Entschlossenheit bekundete den Kmapf fortzuführen. Die Heeresleitung hat vor, das Regiment zu zerschlagen und in alle vier Winde abzerstreuen. Das wurde abgelehnt von allen anwesenden Soldaten. Auf beiden Plenarversammlungen der Kompanie waren Delegierte der Arbeiter und Stadtteilkommission des Stadtteils Belem anwesend. Der Kommandenc der Truppe, Major Andrade, sagte auf der Versammlung unter anderem: "Wir wollen hier das Regiment der Militäpolizei stärken, damit von heute ab ein revolutionäres Heer aufgebaut wird, das völlig und ohne Bedingung das Volk, die untersten Klassen unterstützt, und sich aufs engste mit den Arbeiter und Einwohnerkommissionen verbindet und mit all jenen, die wirklich die Revolution wollen, und das zu einer Garantie wird, daß weder ausländische noch inländische Kräfte das portugiesische Volk unterdrücken. Major Tome ergriff im Lauf der Diskussion das Wort:

"Diese Soldatenbewegung im ganzen Land, sie ist das einzige Mittel, daß unser Land nicht in die Hände der Faschisten fällt. In unserem Land gibt es sehr viele fortgeschrittene Organisationen der Arbeiter - und hier wissen das viele. Aber es gibt noch nicht ein Hauptquatier, noch keine ausreichende Organisation, um im Kampf weiterzukommen mit all seinen Konsequenzen. (...) Viele Kasernen werden heute noch manipuliert; nicht durch die extreme Linke (...), sondern durch Offiziere, die die Revolution nict wollen.! "

KLASSENKAMPF IN DEN KASEREN

Die Auseinandersetzungen in den Kasernen von Befehlsverweigerung bis zu Kasernenbesetzungen nehmen im ganzen Land rasch zu. Über den Aufschwung der Soldatenbewegung beginnen die Reaktionäre in den Streitkräften offensichtlich den Kopf zu verlieren und sehen ihre Felle zusehends davonschwimmen. Militärführung und Regierung gehen daher verstärkt daran, Anstrengungen zur Auflösung revolutionärer Einheiten in den Streitkräften zu machen.

In Porto wurde die CICCA-kaserne gleichzeitig Ausbildungslager, in einer regelrechten militärischen Kommandoaktion gestürmt und geräumt. Die Soldaten dieser Kasernenhatten sich zuvor an zahlreichen revolutionären Aktivitäten und Demonstrationen beteiligt, und sich auf die Seite des Volkes gestellt. Durchgeführt werden solche"Räumungen"von der vor kurzem gebildeten Regierungstreuen Eingreifertruppe AMI. Arbeiter- und Einwohnerräte, sowie revolutionäre Organisationen haben daraufhin die bisher größte Demonstration in Porto, darunter über 2000 Soldaten, organisiert.

Die Wachsamkeit der Soldaten wird jedoch durch die Reaktionen der Militärführung weiter erheblich gestärkt. In Lissabon ist jetzt das Artillerieregiment RALIS auf der Abschußliste. Währenddie bürgerliche Reaktion die revolutionären Einheiten aufzulösen versucht, versucht sie gleichzeitig, diese unter der Hand zu entwaffnen. Denn Einheiten wie das RALIS, das maßgeblich bei der Niederschlagung des Rechtsputches vom 2. März beteiligt war, haben auch jetzt erneut betont, daß sie angesichts eines faschistischen Putches sofort Waffen an das Volk verteilen werden. Das RALIS ist das bestausgerüstete Regiment des Landes und die Militärführung versucht jetzt, die Waffen an andere "Sichere" Truppen überzuführen.

Aber es scheint, daß den Reaktionären die Steine, die sie gegen die Soldaten und das Volk erheben, auf die eigenen Füße fallen. Denn die Diskussionen im Volk über die Vorgänge in den Kasernen breiten sich weiter aus. Dabei wächst auch die Einsicht, in die Bedeutung der Volksbewaffnung als Garanten der weiteren Fortschrittes der Revolution. Andererseits zeigen die Auseinandersetzungen auch, welche Schwierigkeiten für die revolutionäre Bewegung im bürgerlichen Heer bestehen in der gegenwärtigen Situation, wo es zwar viele Arbeiterorganisationen gibt, aber nocht kein Hauptquatier - wie der Major Tome es ausdrückte - , noch keine revolutionäre Partei der ARbeiterkalasse, die alle Kämpfe des Volkes zu einem Klassenkampf zum Sturz der herrschenden Klasse unter Führung der Arbeiterklasse vereint.

l.b. (nach Korrespondentenbreichten der KVZ)

ERFOLGREICHE CHILE- SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG IN KNITTELFELD

Am 19. Sept. 1975 fand in Knittelfeld eine Chile-Solidaritätsveranstaltung statt, die von ungefähr 60 Personen besucht wurde.

Mittels Plakaten, Flugblättern eines Informationsstandes im Zentrum der Stadt, sowie durch Verkauf der Zeitung des Chile-Komitees Wien wurde ein Dia-Vortrag über die Situation vor, während und nach dem Putsch gezeigt.

Nach der offiziellen Beendigung der Veranstaltung beschloß mehr als die Hälfte der Besucher, sich in einem Lokal zu treffen, um dort weiterzudiskutieren.

Mehr als 20 Unterschriften für die Forderung für die Uneingeschränkte Aufnahme chilenischer Flüchtlinge in Österreich, sowie für freie Politische Betätigung dieser und Spenden - zusammen über 500 S konnten gesammelt werden.

Knittelfelder Sympatisantengruppe der KBs

GEHEIMKONTEN FÜR SUPERREICHE IN MOSKAU

Eine der immer zahlreicher werdenden sowjetischen Banken in Westeuropa, die "Woschod Handelsbank" mit Sitz in Zürich, bietet geheime Konten in Moskau an: Für alle diejenigen, die über ihren Bargeldbesitz lieber nicht öffentlich reden wollen. Diese Information stand im US-Wirtschaftswochenblatt "Barrons" zu lesen (lt. Presse 24.9.75).

Man sieht, die neue sowjetische Ausbeuterklasse geht zusehends ungeschminkter vor, um gegenüber ihren westlichen Geschäftsfreunden salonfähig zu werden.

ISRAELISCH- ÄGYPTISCHES ABKOMMEN

Ein amerikanischer Friede ist ein fauler Friede



„Und wiederholen Sie ständig: 'Ich bin nur als Berater hier. Ich bin ausschließlich ein Techniker. Ich bin ...'“
aus: DIE PRESSE 19. Sept 1975

Zum 11. Mal war US-Außenminister Kissinger ausgezogen, um einen "Schritt zum Frieden und der Sicherheit" zu vermitteln.

Was wird in dem neuen Abkommen zwischen Israel und Ägypten gesichert? Es besteht aus vier Teilen:

1. Vereinbarungen über den neuen Verlauf der Truppentrennungslinien. Israel "verzichtet auf ein Siebentel der besetzten Sinai-Halbinsel". Politische Abmachungen über den Verzicht auf Gewalt und die "Verpflichtung zur Friedenssuche".
2. Ein Anhang mit Richtlinien über die technische Durchführung.
3. Ein Dokument über die Stationierung von US-Technikern in acht Frühwarnstationen auf Sinai.
4. Ein Geheimdokument über massive Rüstungslieferungen und Wirtschaftshilfe der USA an Israel.

Das bedeutet also:

1. Die weitere Besetzung ägyptischen Territoriums durch Israel.
2. Die Präsenz der amerikanischen Imperialisten im Nahen Osten. Daß es sich bei den amerikanischen "Technikern" um CIA-Agenten handeln wird, war in Kissingers Begleitmannschaft ein offenes Geheimnis (lt. "Süddeutscher Zeitung" vom 27.8.).
3. Die weitere Aufrüstung und Stärkung des imperialistischen Wachhundes im Nahen Osten, Israel.

Warum die amerikanischen Imperialisten mit äußerster Verbissenheit um dieses Teilabkommen kämpften, warum sie sogar bereit sind, Israel "Entschädigung" für das widerrechtlich besetzte Erdölfeld Abu-Rodeis zu zahlen, legte Kissinger vor dem Antritt seiner Nahostreise bei einer Rede in Atlanta in unverblümter Offenheit dar: "Unsere wichtigen Interessen in der arabischen Welt sind: ein Gebiet von mehr als 150 Millionen Menschen, die sich auf den größten Ölreserven der Welt befinden."

Nicht weil sich die amerikanischen Imperialisten plötzlich in Friedensengel verwandelt hätten - für die Riesenprofite der Ölkonzerne trat Kissinger seine Reise an. Um jeden Preis wollen die Imperialisten den Kolonialstaat Israel aufrechterhalten, um ihn als Mittel der Einmischung, Unterdrückung und Aggression benützen zu können. Der Preis war ein geringer Rückzug Israels und vermutlich vier Milliarden Dollar an Isreael, um unter dem Deckmantel von Zugeständnissen an Ägypten die einheitliche Front der arabischen Staaten spalten zu können und einen neuerlichen Einsatz von Erdöl als Waffe zu verhindern.

Der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, Jassir Arafat, rief in einer Stellungnahme zum verstärkten Kampf gegen die amerikanische Präsenz im Nahen Osten auf. Er bezeichnete das Abkommen als "imperialistisches Komplott, mit dem Ziel, die palästinensiche Sache zu liquidieren". Arafat bekräftigte seine Überzeugung, daß dieses Komplott am ungebrochenen Willen des palästinensischen Volkes scheitern werde und rief zur Einigkeit im Kampf gegen die Anwesenheit der USA in diesem Gebiet auf.

(aus: Klassenkampf Wien)

UNO - VOLLVERSAMMLUNG

Entwicklungsländer kämpfen für neue Weltwirtschaftsordnung

Auf der 7. Sondervollversammlung der UNO zur Errichtung einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung haben die Vertreter der Entwicklungsländer dargelegt, daß die bestehende kapitalistische Ordnung der Weltwirtschaft die Ursache für die Armut und das Elend in ihren Ländern ist. Die Vertreter der Dritten Welt haben bekräftigt, daß die Entwicklungsländer in ihrem Kampf für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft und der Errichtung einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung ihre Einheit und Zusammenarbeit verstärken, die Landwirtschaft entwickeln und auf die eigenen Kräfte vertrauen müssen.

"Jeden Tag vertieft und verbreitert sich der Graben zwischen den armen und den reichen Ländern, zwischen den Ländern, die die Kontrolle ausüben, und denen, die von ihnen kontrolliert werden. Dieser Zustand wird schon heute als eine Bedrohung für die gesamte Menschheit, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit angesehen", erklärte der pakistanische Vertreter. Dieser Feststellung, die von allen Vertretern der Dritten Welt geteilt wurde und die selbst der französische Außenminister nicht zu leugnen wagte, wurde heftig widersprochen von den Vertretern der beiden Supermächte. Der Vertreter der sozialimperialistischen UdSSR behauptete, es würde nicht stimmen, daß sich die Welt in arm und reich teile, und der Vertreter der US-Imperialisten erklärte, daß nicht die Industrieländer an der Armut in den Ländern der Dritten Welt schuld seien. Die Preiserhöhungen der Ölförderländer seien die Ursache für die wirtschaftliche Krise der entwickelten Länder, behaupteten die Vertreter der imperialistischen Staaten. Ihr Versuch, einen Keil zwischen die Ölländer und die übrigen Staaten der Dritten Welt zu treiben, schlug aber fehl.

Aus ihrer Analyse der bestehenden weltwirtschaftlichen Ordnung zogen die Entwicklungsländer den Schluß, daß sie ihre Ziele nur erreichen können, wenn sie sich selber fester zusammenschließen und im Vertrauen auf die eigene Kraft ihre nationale Wirtschaft entwickeln.

Ieng Sary, der Vertreter des befreiten Kambodscha, hat die Lage und die aktuellen Aufgaben zusammengefaßt. Er zeigte, wie sich Kambodscha im Vertrauen auf die eigene Kraft mit der Unterstützung aller friedliebenden Völker der Welt von der Herrschaft des Imperialismus befreit hat und wie das Land jetzt von dem kambodschanischen Volk ebenso entschlossen wieder aufgebaut wird. Dabei sei die Landwirtschaft die Grundlage und die Industrie der führende Sektor. Wörtlich sagte dann der Vertreter Kambodschas: "Die Länder, die von der Wirtschaftskrise am heftigsten betroffen sind, sind die Länder der Dritten Welt. Sie sind zutiefst unzufrieden und enttäuscht. Die politische Freiheit ist für sie nicht begleitet von der wirtschaftlichen Freiheit. Den Entwicklungsländern ist diese Lage bewußt. Sie haben ihre Anstrengungen vereinheitlicht, um eine neue internationale Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der Gleichheit und Gerechtigkeit zu schaffen. Seit der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Algier im September 1973 haben wir bedeutende Schritte gemacht, um diese neue Ordnung durchzusetzen. Die Annahme der Erklärung und des Aktionsprogramms auf der 6. Sondervollversammlung der UNO, die Annahme einer Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten auf der 29. Vollversammlung der UNO, die Resolutionen, die auf der Konferenz von Dakar und kürzlich auf der Konferenz von Lima beschlossen wurden, bilden die wichtigsten Stufen im Kampf, den die Entwicklungsländer für ihre wirtschaftliche Befreiung führen. Aber diese Erfolge dürfen uns nicht vergessen lassen, daß der Weg, der noch zurückzulegen ist, lang, schwierig und komplex bleibt. Um ihn tatsächlich zurückzulegen und an unserem Ziel anzukommen, müssen wir unseren schweren Kampf noch entschlossener und noch geschlossener fortsetzen. Die Imperialisten, Kolonialisten und Neokolonialisten werden es nicht daran fehlen lassen, immer neue Hindernisse zu errichten gegen die Bemühungen, die internationale Zusammenarbeit zu entwickeln. Die Erfahrung, die die Nation und das Volk von Kambodscha gemacht und mit ihrem Blut bezahlt hat, lehrt uns, daß es notwendig ist, entschlossen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus zu bekämpfen, wenn das Ziel, die Konsolidierung und Entwicklung der Wirtschaft und eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den Ländern, erreicht werden soll. Es ist dazu unerläßlich, daß jedes Land seine nationale Souveränität und seine territoriale Integrität durchsetzt, daß es entschlossen an den Prinzipien der Unabhängigkeit und Souveränität festhält und dabei in erster Linie auf seine eigene Kraft vertraut. Auf der Basis dieser Prinzipien ist es erforderlich, die Einheit aller fried- und freiheitsliebenden Länder zu verwirklichen, besonders die Einheit der blockfreien Länder unter Wahrung der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts, des Verzichts auf die Einmischung in die inneren Verhältnisse, der Zusammenarbeit zu gegenseitigem Nutzen und der friedlichen Koexistenz."

Nach seinem Beitrag erhielt Ieng Sary großen Beifall. Zahlreiche Delegierte, besonders aus der Dritten Welt, kamen an den Platz der kambodschanischen Delegation, um die Vertreter des heldenhaften kambodschanischen Volkes mit einem herzlichen Händedruck zu begrüßen und das kambodschanische Volk für seinen großen Sieg zu beglückwünschen.

SOWJETUNION / OSTEUROPÄISCHE LÄNDER

Wachsender Einfluß von Religion und Kirchen

"Fragen an den Marxismus-Leninismus" stellte vor einiger Zeit Kardinal König im Kapitalistenorgan "Die Presse". Er hat auf die Tatsache hingewiesen, daß in den revisionistischen Ländern und in der Sowjetunion der religiöse Einfluß heute wieder zunimmt und will daraus schließen: "Der Befund der Religionswissenschaften, daß Religion etwas dem Menschen zutiefst eigenes ist, nicht anders als der aufrechte Gang, die Sprache oder das logische Denken, scheint durch diese Vorgänge in der Sowjetunion, wie in anderen sozialistischen Ländern seine Bestätigung zu erfahren." Und, gerade weil der Marxismus den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erhebt, müsse er diese Frage beantworten, oder seine Position zu Religion und Kirche revidieren, fordert der Kardinal. Im folgenden wollen wir die Frage nach dem wachsenden Einfluß der Religion in Ländern wie der Sowjetunion klären: Die Antwort liegt in der Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse in diesen Ländern und darin, daß die Arbeiter und das Volk dort nicht mehr die Macht haben, um den Sozialismus aufzubauen.

"Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes."

So bezeichnete Marx die Rolle der Religion in allen Ausbeutergesellschaften. Die herrschenden Klassen bedienen sich mystischer und rückwärtsgerichteter Vorstellungen, um dem Volk die Nutzlosigkeit und Unsinnigkeit jeglicher Rebellion einzureden. Die Ideen des Christentums eignen sich dazu ausgezeichnet. Schon immer konnte sich die jeweils herrschende Ausbeuterklasse auf die Bibel und "Gottes Wort" berufen, wenn sie sich bereicherte und ihre Unterworfenen zu mehr Arbeit, Demut und Gehorsam antrieb.

"Jeder bleibe in seinem Stand, in den er berufen worden ist. Bist du als Sklave gerufen worden, so mache dir keine Sorgen, sondern wenn du auch frei werden kannst, so bleibe umso lieber (in deinem Stand)", schrieb der Apostel Paulus (1. Korinther). Mit solchen Argumenten hat die christliche Religion nun schon seit fast 2000 Jahren alle gesellschaftlichen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten verteidigt, haben sich ihre Vertreter am Volk gemästet. Ebenso hat die christliche Religion den Eroberungsplänen der Ausbeuterklassen auf ausgezeichnete Weise gedient - in den Kreuzzügen, in den Kolonialkriegen, usw.

Der jeweils herrschenden Klasse kommt besonders der unwissenschaftliche und mystische Charakter der Religion, der die unterdrückten Klassen in Unwissenheit halten soll, zurecht. Der herrschenden Klasse war es immer recht angenehm, wenn das Volk in seiner Not betete, auf die Gnade von oben wartete und so nicht seine gesellschaftliche Lage untersuchte und den Kampf gegen Unterdrückung selbst in die Hand nahm.

Auch heute erfüllt die Religion diese Funktion: Gerechte Zustände gibt es erst im paradiesischen Jenseits, im Diesseits heißt es parieren, sonst holt einen der Teufel, dessen Existenz Papst Paul in den letzten Jahren mehrere Male ausdrücklich bestätigt hat. In der "Aktion Leben" heucheln Klerus und Kirche, diese größten Menschenverächter, sie wollen Leben schützen. Wie sehr der Schutz menschlichen Lebens ein "Anliegen" der Kirche ist, zeigen alleine die ungezählten Opfer im Namen der Religion - Hexenverbrennungen, die blutige Missionsgeschichte, die Einsegnungen imperialistischer Weltkriege. "Die christliche Religion hat in jedem Jahrhundert 17 Millionen Menschenleben gekostet." (Voltaire)

DER EINFLUSS DER RELIGION UND DES MYSTIZISMUS BREITET SICH IN DEN REVISIONISTISCHEN LÄNDERN AUS

"Die Religion ist das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben oder schon wieder verloren hat." (Marx) Durch die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse in der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern hat sich eine neue Ausbeuterklasse in diesen Ländern herausgebildet, und hat die Arbeiterklasse die politische Macht wieder verloren.

"In den modernen kapitalistischen Staaten sind diese Wurzeln (der Religion) hauptsächlich sozialer Natur. Die soziale Unterdrückung der werktätigen Massen, ihre scheinbar völlige Ohnmacht gegenüber den blind waltenden Kräften des Kapitalismus, der den einfachen Menschen täglich und stündtausendmal mehr entsetzlichste Leiden und unmenschlichste Qualen berei-



Befreiungskämpfer der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) in Zimbabwe

Vereint gegen das Smith-Regime

Der Versuch des weißen Siedlerregimes in Rhodesien und seiner imperialistischen Hintermänner, das Volk von Zimbabwe zu spalten und die Kräfte, die für den bewaffneten Kampf eintreten, zu isolieren, ist gescheitert. Die Bildung des Zimbabwe Befreiungsrats (ZBR), "um die äußeren Angelegenheiten zu regeln und den Angriff auf Rhodesien fortzusetzen", unter Vorsitz von ZANU-Präsident Sithole ist ein weiterer Rückschlag für die Spaltungsmanöver des Smith-Regimes. Nkomo, der Führer der ZAPU, die über keine nennenswerten bewaffneten Kräfte in Zimbabwe verfügt, hat gegen die Bildung des ZBR protestiert und sich offen für eine "allmähliche" und mit Smith "ausgehandelte" Lösung ausgesprochen. Die ZANU-Führung erklärte dazu, daß das eine Machtübernahme durch die Mehrheit auf Jahrzehnte verzögern würde und daß "es nichts zu verhandeln gibt als die sofortige Übergabe der Macht an die Mehrheit". Da Nkomo an seiner versöhnlerischen Haltung gegenüber dem Smith-Regime festhält, "kündigte Abel Muzorewa (der Präsident des ANC, die Red.) in einer in Lusaka herausgegebenen Erklärung den Ausschluß Nkomo's aus der Organisation an". Das rhodesische Siedlerregime will nicht die Rechte des Volkes von Zimbabwe anerkennen. Sie 'hat umfassende Maßnahmen zur Verstärkung ihrer Streitkräfte bekanntgegeben'. (SZ 13./14.9.1975)

tet als irgendwelche außergewöhnliche Ereignisse wie Kriege, Erdbeben usw. - darin liegt heute die tiefste Wurzel der Religion. 'Die Furcht hat die Götter erzeugt'." (Lenin, Werke Band 15, S. 408)

Diese Beschreibung der sozialen Unterdrückung als tiefste Wurzel der Religion gilt auch in den Ländern, in denen eine neue bürgerliche Klasse die Macht ergriffen hat und staatskapitalistische Zustände wieder eingeführt hat. "Die Abhängigkeit von früheren Lebensformen", schreibt die "Süddeutsche Zeitung" in einer Reportage, "zeigt sich in der Sowjetunion deutlich auch bei der Frage der Religion. Die Olafkirche mit ihrem 125 m hohen massiven Turm ist jeden Sonntag voller Menschen, die mit halbgeschlossenen Augen, in ein mystisches Gefühl versunken, stundenlang den Predigten des Baptistenpredigers lauschen."

Jetzt hat sich der Ort Sagorsk bei Moskau (auch der russische Vatikan genannt), in ein Zentrum verwandelt, wo hunderte Priester für die Diözesen in der ganzen Sowjetunion ausgebildet werden. Beispiele des Vormarsches der Religion erzählen auch viele Rußlandreisende. In Moskau und Leningrad floriert z.B. ein umfangreicher halboffizieller Handel mit Bibeln, hauptsächlich durch ältere Menschen.

In Polen, schreibt die englische Zeitung "Guardian", zieht der Klerus weiterhin immer mehr Jugendliche an. Die Zahl der Priester hat sich in Polen in den Sechziger Jahren erhöht. Im Jahr 1972 waren auf den Kirchenseminaren 11 % mehr Studenten als 1966." Aus Polen kommen außerdem sehr viele Missionare für die Entwicklungsländer, die in der besten Tradition des Kulturimperialismus anderen Ländern einen fremden Lebensstil aufdrängen wollen.

ABKEHR VOM MARXISMUS IN FRAGEN DER RELIGION: DAS BEISPIEL DER DDR

In der DDR unterhalten die Religionsgemeinschaften nach wie vor "eine große Anzahl konfessioneller Einrichtungen (Krankenhäuser, Feierabendheime, Kinder- und Pflegeheime und andere), sie besitzen neben vielen kirchlichen Gebäuden auch Kirchenland, das durch die Bodenreform nicht berührt wurde. Die evangelischen Theologen werden an den theologischen Fakultäten der Universitäten ausgebildet, sie erhalten ein staatliches Stipendium. Der Staat gewährt den Religionsgemeinschaften erhebliche finanzielle Zuwendungen für Pfarrergehälter, Alters-, Witwen- und Waisenversorgung und stellt jährlich umfangreiche Mittel für die Erhaltung sakraler Bauten und Kunstwerke zur Verfügung." ("Die DDR stellt sich vor", 1974)

Diese Religionspolitik steht im krassen Widerspruch zu den seit langem festgelegten kommunistischen Prinzipien der Religion gegenüber. Die Kommunisten fordern heute, daß alle religiösen Vereinigungen ohne Ausnahme vom Staat als private Vereine behandelt werden müssen, und daß die Kirchen jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf Schulen und sonstige öffentliche Einrichtungen verlieren müssen. Solche Maßnahmen wird die Arbeiterklasse nach der sozialistischen Revolution sofort ergreifen. Das bedeutet, daß die Religion dem Staat gegenüber zur Privatsache erklärt wird, daß aber beim Aufbau des Sozialismus immer organisierte Aufklärungsarbeit gegenüber dem unwissenschaftlichen und reaktionären Charakter der Religion geleistet werden muß. Der proletarische Staat wird niemals Menschen ihres Glaubens wegen verfolgen oder religiöse Betätigung einfach verbieten - aber die Kommunisten werden mit der Waffe der Überzeugungskraft den streitbaren Atheismus propagieren und die geschichtlichen und sozialen Quellen der Religion erklären.

In der DDR wird nicht nach diesem Prinzip vorgegangen. "Keinen Groschen Geld des Volkes für diese Erzfeinde dieses Volkes, die das Volksbewußtsein umnebeln", das war der Schlachtruf der Bolschewiki in einer Kirchendebatte 1909. Der angeblich sozialistische Staat DDR finanziert Pfarrer und Kirchenbauten, gestattet, daß religiöse Ideen über konfessionelle Krankenhäuser, Klubräume, Kinderheime, Pflegeheime usw. verbreitet werden. In der DDR werden die Kirchen nicht als private Vereine zur Religionsausübung behandelt, sondern als offizielle gesellschaftliche Einrichtungen. Zum Kontakt mit den kirchlichen Einrichtungen wurde sogar ein Staatssekretär für Kirchenfragen bestellt.

IN BULGARIEN: GESELLSCHAFTLICH NÜTZLICHE ZAUBERIN

Nicht nur offizielle Kirchen werden vom Staat unterstützt, auch übelster Aberglaube wird geduldet oder gefördert: "Jahrelang durfte unter den Augen der bulgarischen Polizei eine Hellseherin, die 'blinde Wanga', zweifelhafte Ratschläge erteilen. Einem jungen Mazedonier empfahl die Analphabetin drei Tage Familie und Haus zu meiden, da ihm Unglück drohe. Freunde sperrten den Mann ein, doch der sprang, von Sehnsucht nach den Seinen gepackt, aus dem Fenster, woran er starb. Erst als sich herausstellte, daß Wanga Dimitrowa mit 150.000 Lewa (!!) im Jahr zu viel verdiente, griff der Staat ein: er verstaatlichte die Zauberin, stufte ~~sie als~~ 'gesellschaftlich nützlich' ein, da ihre Gäste vor allem ausländische Devisenbringer sind, und zahlt ihr seither ein festes Monatsgehalt von 220 Lewa. In einem Kiosk vor dem Hause der Wanga regelt ein staatlicher Angestellter den Besucherstrom und verteilt Eintrittskarten." ("Spiegel", 29/75)

KIRCHE UND REVISIONISTISCHE STAATEN ARRANGIEREN SICH

Diese Beispiele zeigen, daß in der Sowjetunion und in den unter ihrem Einfluß stehenden Ländern die Verbreitung von weltfernen Anschauungen sogar vom Staat gefördert wird. Diese Anschauungen werden dort heute genau aus demselben Grund gefördert wie bei uns. Auch in den revisionistischen Staaten haben die neuen Ausbeuter ein Interesse an den Ideen, die das Volk vom Kampf und der Besinnung auf den einst begonnenen Aufbau des Sozialismus abhalten. Auf dem Wege, daß die Kirchen wieder ihr Beschwichtigungs- und Vertröstungsgeschäft betreiben, wenn ihnen mehr Einfluß und Pfründe eingeräumt werden, auf diesem Wege bahnt sich zwischen den Kirchen und den Verrätern des Sozialismus heute eine "Normalisierung" an, so wie sich die Kirche bisher noch mit jeder herrschenden Ausbeuterklasse arrangiert hat. So werden heute wieder Konkordate des Vatikans mit revisionstischen Ländern abgeschlossen.

Einig sind sich beide Teile darüber, daß gläubige Menschen gute und ungefährliche Staatsbürger sind. "Die konfessionell gebundenen Bürger, die Geistlichen und die kirchlichen Amtsträger der DDR handeln nach der Überzeugung, daß Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze sind." ("Die DDR stellt sich vor") Die Verbreitung der reaktionären christlichen Ideen ist in der DDR also vereinbar mit den Zielen dieses Staates. Dasselbe meint auch Kardinal König in seinem Artikel. Er versichert, daß die religiösen Menschen "schon auf Grund ihrer religiösen Überzeugung loyale Bürger sind, Menschen, die dem Staat geben wollen, was des Staates ist, wenn sie der Staat nur Gott geben läßt, was nach ihrem Glauben eben Gottes ist." Und er meint, daß der Kampf gegen die Religion nur nationale Energien vergeuden würde. Seiner Meinung nach würden also die neuen Machthaber dieser Länder durch eine "Normalisierung" der Beziehungen zur Kirche ihre Herrschaft stärken können.

SOZIALISTISCHE VERHÄLTNISSE ENTZIEHEN DER RELIGION DEN NÄHRBODEN

In diesem Punkt sind wir mit dem Kardinal einer Meinung, doch muß festgehalten werden, daß die Kirche da eben eine Unterdrückerherrschaft stützt, die mit dem Sozialismus nichts mehr zu tun hat. Und daß schließlich das Volk dieser Länder sich erneut seiner revolutionären Tradition bewußt wird und den Kampf gegen die neuen Ausbeuter aufnehmen wird. Für die Neuerrichtung sozialistischer Verhältnisse, ohne soziale Ungerechtigkeit und politische Tyrannei. Nur auf diesem Weg kann letztlich der kirchliche Einfluß überwunden werden, denn sein Nährboden ihm so entzogen. In sozialistischen Ländern wie der Volksrepublik China oder Albanien ist das fortschreitend der Fall.

W.St.

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES (KB) SALZBURG/HALLEIN

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund (KB) Salzburg/Hallein. Für den Inhalt verantwortlich: Gerhard Zschock. Druck: Eigenvervielfältigung. Alle: 5020 Salzburg, Müllner Hauptstraße 14. Telefon Sbg. 32 70 72 (17-19 Uhr).

Abonnement-Bestellungen (12 Nummern): S 50.- (inkl. Portoanteil von S 14.-) durch:

- Einzahlung des Betrages mit Angabe des Zahlungszweckes auf eines der Konten des "KB Salzburg/Hallein": - Österr. Postsparkasse 2391.968 - Landes-Hypothekenbank Salzburg 334 2184
- oder schriftlich an den KB Salzburg/Hallein, 5020 Salzburg, Müllner Hauptstraße 14
- oder telefonisch: 06222 / 32 70 72 (17 - 19 Uhr).

Erscheinungsdatum: 17.1o.1975

26 JAHRE NACH DER GRONDUNG

VR CHINA: Ein neues Leben

Voriges Jahr besuchten zwei Mitglieder des Kommunistischen Bundes Wien gemeinsam mit zwei Genossen der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (VRAÖ-ml) auf Einladung des chinesischen Büros für Freundschaft mit dem Ausland die Volksrepublik China.
Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus dem ersten Kapitel des Reiseberichtes der beiden Genossen des KB-Wien "Ein Besuch in der VR-China".
Red.

Das Leben in den chinesischen Städten und Dörfern ist von einer heiteren Ruhe und Gelassenheit gekennzeichnet, die der ausländische Besucher, der die nervenzermürbende Hast der kapitalistischen Großstädte gewohnt ist, sofort angenehm bemerkt.

EINE CHINESISCHE STADT

Die neuen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen prägen jede Einzelheit des Lebens im sozialistischen China. Das chinesische Volk gestaltet seine Umwelt bewußt so, daß sie den ständig steigenden Bedürfnissen der Arbeiter und Bauern gerecht wird. Im Mittelpunkt steht der Mensch, die Erhaltung und Entwicklung seiner körperlichen und geistigen Gesundheit. Die Millionenstadt Peking ist - was die Ruhe und die gute Luft betrifft - eher mit einem Kurort als mit einer Stadt wie Wien zu vergleichen. Man hat den Eindruck, man befindet sich in einer riesigen Park- und Gartenanlage, die von breiten Straßen durchzogen ist und in die sich Wohnhäuser, große Gebäude wie Fabriken und Ämter organisch einfügen. Das Straßenbild wird beherrscht von Fußgängern und Radfahrern. PKWs gibt es nicht im Privatbesitz, man sieht nur wenige davon, dafür mehr Lastkraftwägen und öffentliche Verkehrsmittel. Die Stadt ist nicht zerrissen in Wohnsiedlungen, Industrieviertel und Geschäfts- und Verwaltungszentren. Die Arbeiter wohnen zumeist in unmittelbarer Nähe der Fabrik, in der sie arbeiten. Klar, daß sie schon aus diesem Grund allergrößten Wert auf den Schutz der Umwelt vor Industrieabfällen u.ä. legen.
Die einheitliche Gestaltung der Städte bewirkt auch, daß das Problem der Massenbeförderung, an dem die kapitalistischen Stadtplaner hoffnungslos herumbasteln, in China relativ einfach zu lösen ist. Es besteht gar nicht mehr die Notwendigkeit, große Menschenmassen in kurzen Zeiträumen über große Entfernungen zu ihren Arbeitsstätten zu transportieren. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind sehr gut ausgebaut und werden nicht durch chaotischen Individualverkehr behindert.
Die Verkehrsverhältnisse und die gesamte, menschenwürdige und gesunde Gestaltung der Umwelt macht die ganze Stadt zu einem Paradies für Kinder. Zusätzlich gibt es noch großangelegte Kinderspielplätze. Umzäunte Grünflächen oder ein "Betreten des Rasens verboten" haben wir nirgends gesehen. Die historischen Plätze und Museen der Städte sind voll von Arbeitern, Bauern, Soldaten der Volksarmee und Jugendlichen, die sich - zumeist in Gruppen - die Sehenswürdigkeiten ansehen. Uns ist - besonders in Peking - aufgefallen, daß es verhältnismässig wenige Gaststätten und Teehäuser gibt. Die chinesischen Genossen haben uns das damit erklärt, daß die Arbeitsstätten zugleich die Zentren des gesamten gesellschaftlichen Lebens sind. In fast allen Fabriken, Verwaltungsgebäuden, Schulen usw. gibt es Aufenthaltsräume und Kantinen, in denen die Menschen gemeinsam auch die Freizeit verbringen. Die Arbeiter besuchen sich häufig gegenseitig in den verschiedenen Fabriken, tauschen ihre Erfahrungen aus, organisieren gemeinsam sportliche Wettkämpfe und kulturelle Aktivitäten. Weitere Treffpunkte der Werktätigen sind die Arbeiterklubs, die ebenfalls Veranstaltungen, Fortbildungskurse u.ä. organisieren. Entsprechende Einrichtungen für die Schuljugend sind die Pionierpaläste.

Das alles zeigt schon, daß die Gestaltung der Freizeit in China grundsätzlich verschieden ist von dem, was wir im Kapitalismus unter Freizeit kennen.
Der erste Unterschied ist der, daß die chinesischen Werktätigen die Freizeit nicht "konsumieren". Es gibt hier keine Freizeitindustrie, die sich die Kapitalisten bei uns als zusätzliches Mittel zur Ausplünderung der Volksmassen geschaffen haben. Die chinesischen Werktätigen widmen sich in ihrer Freizeit intensiv und aktiv der Politik, der Kultur und dem Sport. Zweitens wird diese Freizeit hauptsächlich gemeinsam, im Rahmen des sozialistischen Kollektivs verbracht. Die Arbeiter organisieren von den Fabriken aus häufig Ausflüge, in den Fabriken gibt es Theatergruppen, Singkreise und vieles mehr. Drittens ist die Freizeit nicht von der Arbeit getrennt. Dadurch, daß der Arbeiter ein anderes Verhältnis zu seiner Arbeit hat, entsteht bei ihm gar nicht erst das Bedürfnis, in der Freizeit die Arbeit zu vergessen und zu verdrängen.

Arbeitspause in der Raffinerie "Der Osten erglüht" (ein Teil der Petrochemischen Hauptfabrik Pekings)

Von "Freizeit" im Sozialismus sollte man daher strenggenommen gar nicht sprechen.
Der Begriff ist auf die kapitalistischen Verhältnisse zugeschnitten, wo man bei der Arbeit eben nicht frei ist. Das wird durch diesen Begriff zugegeben. Zugleich versucht er uns einzureden, daß man nach der Arbeit im Kapitalismus "frei" ist, während man in Wirklichkeit nach dem Arbeitstag meistens so zerschunden ist, daß man mit seiner arbeitsfreien Zeit nicht viel anderes mehr machen kann, als ein Bier zu trinken, ins Kino zu gehen oder Schillinge in die Musicbox zu werfen. Im Sozialismus hingegen dient beides, die Zeit, in der man arbeitet und die, in der man nicht arbeitet, der Förderung der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung der Werktätigen, die ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen haben.

In ihrer Hetzpropaganda gegen den Sozialismus behaupten die Kapitalisten oft, daß der sozialistische Kollektivismus die freie Entfaltung des Einzelnen behindert.
Sie meinen damit, daß es im Sozialismus nicht mehr für den Einzelnen möglich ist, sich auf Kosten der anderen, indem er sie ausbeutet, "frei zu entfalten". Damit haben sie zweifellos recht. Weiters behaupten sie, daß das Leben im Sozialismus eintönig und gleichförmig sei, wobei sie meist darauf hinweisen, daß es in China keine Kleidermode gibt.
Es ist richtig, daß die chinesischen Werktätigen verhältnismäßig einheitlich gekleidet sind. Vorherrschend sind blaue, grüne und graue Jacken und Hosen aus Baumwolle, weit und bequem geschnitten, mit großen Taschen, einfache und bequeme Schuhe und Sandalen. Die chinesischen Frauen und Mädchen schminken sich nicht, stecken sich keine falschen Wimpern auf, färben sich ihre Haare nicht um, zwängen sich nicht in enge Hosen oder Röcke und tragen auch keine Stöckelschuhe. Die männliche Jugend versucht nicht, sich durch lange Haare und zerfranste Kleidung ein exotisches Aussehen zu verleihen.
Und den eleganten Herren im grauen Nadelstreif mit Zigarre, goldener Armbanduhr und männlich-herber Duftnote gibt es in Peking auch nur unter den Diplomaten der kapitalistischen und revisionistischen Länder.
Die chinesischen Werktätigen tragen eine Kleidung, die ihren Bedürfnissen entspricht, die ihrem Leben als Werktätige entspricht. Sie haben nicht das Bedürfnis, sich voneinander abzugrenzen, sich untereinander mit immer ausgefalleneren Kleidungsstücken auszustechen und schon gar nicht, jedes Jahr einer neuen Modetorheit nachzurennen.
Die chinesischen Werktätigen sind stolz auf ihre Klassenzugehörigkeit. Wie sie sich politisch zusammenschließen, um die Revolution fortzusetzen, so entwickeln sie auch gemeinsam ihre neue, lebenskräftige proletarische Kultur und Lebensart, die sich radikal von der egoistischen, fauligen und dekadenten Kultur und Lebensart der Bourgeoisie unterscheidet.